

Sozialistische Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Die KPD unter Druck

Die Linie wankt / Aber immer noch unfähig zu fruchtbarer Einheitsfrontpolitik

* Berlin, 28. Januar.

Wer die gewaltige Versammlungswelle miterlebte, die der Vorstoß der Sozialistischen Arbeiterpartei in der Richtung auf die kämpfende revolutionäre Einheitsfront des Proletariats ausgelöst hat, der spürte deutlich, wie die kommunistische Linie ins Wanken geriet. Von wenigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen, bemühten sich die kommunistischen Diskussionsredner in unseren Versammlungen im Schweiße ihres Angesichts und unter höchstem Aufwand von Lungenkraft, das Streben unserer Partei nach einer im Kampfe sich findenden Einheitsfront der proletarischen Massenorganisationen zu sabotieren. Und sie mußten dabei erfahren, daß sie auf diese Weise

in mehr oder minder offenen Gegensatz gerieten mit ihren eigenen Anhängern und Mitgliedern.

eben deshalb, weil die von der Sozialistischen Arbeiterpartei herausgegebene Parole der kämpfenden Einheitsfront der innersten Sehnsucht der ganzen klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands entspricht. Die kommunistischen Sabotageversuche lösten lebhaften Unwillen und heftige Diskussionen in den Reihen der kommunistischen Mitgliedschaft, in erster Linie auch in der kommunistischen Jugend, aus. Es kam mitunter zu offenen Demonstrationen kommunistischer Anhänger gegen kommunistische Diskussionsredner in den Versammlungen. Es kam sogar in vereinzelten Fällen zum Uebertritt organisierter Kommunisten zur Sozialistischen Arbeiterpartei im Anschluß an solche Diskussionen.

Jetzt hat offenbar die kommunistische Parteileitung die Gefahr erkannt, in die sie hier durch die Unfruchtbarkeit ihrer eigenen Politik gebracht wird. Und sie sucht ihr Rechnung zu tragen, so gut sie eben dazu in der Lage ist. Sie gibt einen Aufruf zur Bildung der Einheitsfront heraus. An seinem Anfang entschließt das Bekenntnis der Ursache, die zu diesem Aufruf führte:

„Mit stürmischer Kraft erhebt sich der Ruf zur Einigung des Proletariats im Klassenkampf.“

Und diese stürmische Kraft ist so groß, daß sie die bisherige glatte Sabotage der kommunistischen Parteileitung nicht mehr zuläßt.

Dieser Aufruf stellt insofern einen Schritt vorwärts in der kommunistischen Entwicklung dar, einen Schritt zurück von der strengen Parteilinie, als er die Formel preisgibt, unter der bisher das Zustandekommen einer wirklichen Einheitsfront sabotiert wurde, die Formel: Einheit ja — aber nur unter kommunistischer Führung. Es wird nicht nur die alte Formulierung wiederholt, „daß sich die große Sache der Einheitsfront nicht auf den engen Rahmen der Organisationszugehörigkeit beschränkt“, daß „den sozialdemokratischen Arbeitern, die unter der gleichen Not leiden wie wir die Hand zum gemeinsamen Kampf gereicht“ wird, sondern es wird ausdrücklich hinzugefügt, daß die rote Arbeiterfront „unter Führung roter Einheitsausschüsse, gestützt auf den roten Massenselbstschutz“ hergestellt werden solle. Ob man nun „Einheitsausschüsse“ sagt, wie dieser Aufruf der KPD, oder „Kartelle“, wie die Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei es nannten, wo sie in dieser Richtung vorstießen, das ist ja letzten Endes gleichgültig.

Aber nach diesem Schritt vorwärts bleibt die kommunistische Aktion schon wieder stecken. Es wird kein Wort darüber gesagt, wie diese Einheitsausschüsse gebildet und zusammengesetzt werden sollen. Es wird kein Wort der Aufforderung an die proletarischen

Massenorganisationen gerichtet, sich durch in ihren Mitgliederversammlungen gewählte Delegierte an diesen Einheitsausschüssen oder Kartellen zu beteiligen. Im Gegenteil: die Theorie vom Sozialfaschismus, die in der gegenwärtigen Situation jede fruchtbare Revolutionierung der Massenorganisationen unmöglich macht, schlägt sofort wieder durch.

Wenn gesagt wird, daß die sozialdemokratische Politik die Schrittmacherin, die Wegbereiterin des Faschismus sei, so ist das politisch richtig, so kann und soll das ausgesprochen werden. Wenn aber der Aufruf der KPD sagt, daß „Severing mit Hitler einig“ sei „in der Durchführung der faschistischen Diktatur“, so ist das ein hanebüchener Unsinn, der in diesem Zusammenhang ausgesprochen dem Einheitsfrontappell an die sozialdemokratischen Arbeiter jede reale Wirkung nehmen muß.

Es dämmert zwar eine Erkenntnis von der Notwendigkeit der revolutionären Mobilisierung der freien Gewerkschaften auf, wenn es in dem Aufruf heißt: „Erhebt die Stimme der roten Einheitsfront in den Versammlungen der Gewerkschaften“. Aber abgesehen davon, daß ein wirksames Erheben der Stimme die Preisgabe der Gegengewerkschaften, der RGO zur Voraussetzung hätte, folgt als Erläuterung dafür, wie diese Stimme in den Gewerkschaften erhoben werden soll, der Satz: „Entlarvt die Führer der Eisernen Front als die Schrittmacher des Schrittmachers des Faschismus!“ Damit hat sich denn glücklich die kommunistische Politik wieder einmal ergebnislos im Kreise herumgedreht. Von den freigewerkschaftlichen Arbeitern, die doch in ihrer Masse erst für den revolutionären Kampf gewonnen werden sollen, zu verlangen, sie sollten ihre Führer als Schrittmacher des Faschismus entlarven — das grenzt an politischen Schwachsinn. Und auch nur zu meinen, daß, wenn die Kommunisten diesen Ruf in den Gewerkschaften erheben, die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder möglich sei, selbst das ist ein Beweis für die völlige politische Unzulänglichkeit der offiziellen kommunistischen Führung. Wäre die Masse der freigewerkschaftlichen Arbeiter heute schon politisch gereift genug, um zu begreifen, daß und inwiefern die heute von der Leitung der Gewerkschaften betriebene Politik dem Faschismus den Weg bereitet — dann wären sie eben nicht mehr reformistisch eingestellt, dann wäre die revolutionäre, kämpfende Arbeiterfront überhaupt kein Problem mehr — dann wäre sie schon da.

Das, worauf es ankommt, um diese Front — die nun einmal noch nicht da ist — zu schaffen, das ist: durch die Aktion um Teile, die sie heute schon begreifen, die gewerkschaftlich organisierten Massen in Bewegung zu setzen. Das aber bedingt, diese Massen als Organisation hineinzuziehen in die Kartelle oder Einheitsausschüsse, wobei man diesen Kartellen zunächst nur solche Aufgaben stellen darf, die die Massen der Proletarier heute schon als ihre Aufgaben begreifen. In dem Kampfe, der so entfesselt wird, wird sich rasch die Fronten klären. Organisationsleitungen, die verhindern wollten, daß ihr Organisationen sich an einer gemeinsamen Demonstration gegen Lohnabbau und Faschismus beteiligen, hätten mit ganz anderen Widerständen zu rechnen, als Organisationsleitungen, die lediglich einen Beschluß zu verhindern brauchten, daß Severing mit Hitler einig sei in der Durchführung der faschistischen Diktatur. Da die kommunistische Parteileitung, wie dieser Aufruf zeigt, dieses

Kernproblem einer wirklichen und rechtzeitigen Mobilisierung der proletarischen Massenorganisationen

noch immer nicht begriffen hat, so verurteilt sie — trotz der Worte des Aufrufes, die das Gegenteil sagen sollen — im Ergebnis auch die neue kommunistische Aktion zu einer bloßen Parteiaktion, ohne Wirkungskraft wesentlich über den Rahmen der kommunistischen Organisationen hinaus. Der Schritt, den die kommunistische Parteileitung mit diesem Aufruf tat, muß unter diesen Umständen ein halber Schritt bleiben, kann die Unfruchtbarkeit der kommunistischen Einheitsfronttaktik nicht überwinden, sondern wird sie auf einer neuen Linie versteinern.

Um so notwendiger ist es, daß die Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei mit aller Klarheit und Entschiedenheit und mit verstärkter Energie unsere Einheitsfrontkampagne fortsetzen, die wirklich geeignet ist, Massenorganisationen in Bewegung zu setzen. Die Aktion darf nicht mehr abreißen; sie muß emporbranden zu einer solchen Kraft, daß sie die stumm verweigerten organisierten proletarischen Massen mit sich reißt in das Feuer des Kampfes, der aus Teilaktionen emporwachsen muß zu der gewaltigen zentralen Aktion der proletarischen Revolution in Deutschland!

Schenkerverträge sind aufzuheben

Berlin, 28. Januar.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag der kommunistischen Fraktion mit 99 gegen 91 Stimmen angenommen, nach dem die von dem inzwischen verstorbenen Stadtrat Schünning abgeschlossenen Verträge über den Verkauf der Berliner Hafenbetriebe an die Behala rückgängig gemacht werden sollen. Für die der Stadt Berlin entstandenen Schäden aus dem Verkauf der Hafenbetriebe soll das Vermögen des Stadtrats Schünning in Anspruch genommen werden.

Sahm will Hindenburg retten

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm ist um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses „führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes“ bemüht, der die Wiederwahl Hindenburgs in die Wege leiten soll. Dr. Sahm wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der „Hindenburg-Ausschuß“ schon Anfang nächster Woche das Licht der Welt erblicken dürfte. Aus Bayern ist bereits ein Aufruf bürgerlicher Führer zur Wiederwahl Hindenburgs erschienen.

Kleine Nachrichten

Für die Wiederwahl Hindenburgs setzte sich der Christliche Volksdienst in einer Versammlung in Hannover ein.

Brüning bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing den Reichskanzler zum Vortrag über die schwebenden außenpolitischen Fragen. Alle Gerüchte über Rücktrittsabsichten des Kanzlers entsprechen nach Mitteilung von „ununterrichteter“ Seite nicht den Tatsachen.

Zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es in Kiel und Flensburg. Verhaftet wurden — selbstverständlich — nur Kommunisten.

Wahl in Mecklenburg-Strelitz. Am Donnerstag ist die Sitzungsperiode des Mecklenburg-Strelitzer Landtages erloschen. Wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ meldet, ist nunmehr vom Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium der 13. März als Tag für die Neuwahl festgesetzt worden.

Die große Mahnung

** Berlin, 28. Januar.

Eine tiefe Beunruhigung durchzieht die bürgerliche Welt. Im selben Maße, wie die Krise alle Gebrechen des Kapitalismus nach oben spült und die ihm innewohnenden Widersprüche — allen sichtbar und fühlbar — bis zur Unerträglichkeit steigert, im selben Maße entwickelt sich Rußland mehr und mehr zu einem Zentrum der Hoffnungen für die arbeitende Klasse. In Rußland hat diese zum ersten Male in der Weltgeschichte die Staatsmacht in die Hand genommen und die Diktatur der Bourgeoisie mit der offen proklamierten Diktatur des Proletariats ausgebrannt. Der Bolschewismus hat sich auch nicht darauf beschränkt, das Bürgertum nur seiner politischen Privilegien zu entkleiden, er hat sich auch daran gemacht, sofort jene Rechtsverhältnisse vollständig umzustößeln, denen jene politischen Vorrechte des Bürgertums erst entspringen: das Privateigentum an den großen Produktionsmitteln. Dieses Privateigentum hat in Rußland aufgehört zu bestehen und damit auch die Bourgeoisie. Das heißt aber auch daß die in Rußland aufgerichtete proletarische Diktatur nur ist und sein kann eine Diktatur zum ausschließlichen Wohle des Proletariats. Gleichzeitig nützt jeder Fortschritt, den Rußland zu verzeichnen hat, nicht nur unmittelbar dem russischen Proletariat, sondern er reißt auch Stein um Stein aus jenen Festungsmauern, von denen aus die Bourgeoisie in der ganzen übrigen Welt die Arbeiterklasse noch im Zwange hält. Der Bestand Sowjetrußlands, das Gelingen seines inneren Aufbaus, ist darum mehr als nur eine Angelegenheit des russischen Proletariats: die rote Fahne über dem Moskauer Kremi ist die Hoffnung der gesamten Menschheit, wie sie zugleich für das gesamte Bürgertum ohne Unterschied der Sprache ein ständiges memento mori, ein unablässig herausfordernder Hinweis auf seine eigene Sterblichkeit und Vergänglichkeit ist.

Die Geschichte geht mitunter eigenartige Wege. Die Begründer des historischen Materialismus haben den Sozialismus nicht wie die Utopisten von den Sternen heruntergeholt, sondern seine Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit aus dem Zwang des Kapitalismus begründet, wachsende Produktivität der Arbeit mit wachsender Verelendung der Volksmassen zu verbinden. Erst die volle Entfaltung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus würde auch dessen Widersprüche zur vollen Entfaltung bringen und damit auch den Totengräber des Kapitalismus, das Proletariat, auf den Plan rufen. Das Morgenrot des Sozialismus als die alleinige Gesellschaftsordnung, die das Sehnen nach wahrer sozialer und politischer Freiheit zu erfüllen vermag, wurde darum dort am ehesten erblickt, wo der Kapitalismus in raschen Riesenschritten sich diesem Zeitpunkt näherte.

Die russische Revolution hat aus eigener Kraft diese Vorstellungen über den Haufen geworfen. Durch eine besondere Verkettung vielleicht einmaliger geschichtlicher Umstände wurde die Arbeiterklasse nicht dort zuerst Herrin eines Staates, wo der Kapitalismus und damit auch das Proletariat die höchste Reife erlangt hatte und deshalb auch die Voraussetzungen für den Sozialismus am ehesten gegeben waren, sondern in einem Lande, das noch tief im Feudalismus schlummerte und wo der Kapitalismus gerade zu seinen ersten großen Flügelschlägen ausholte.

Diese besonderen Bedingungen Rußlands bestimmten auch die besonderen Bedingungen

der russischen Revolution. Unmöglich konnte sich diese auf eine bloße Wiederholung der Akte ihrer großen französischen Vorgängerin des 18. Jahrhunderts beschränken. Neben dem Massen Hunger der russischen Bauern nach Land mußte auch der Massen Hunger der städtischen Proletariats nach Brot und Freiheit befriedigt werden, was wieder die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung bedingte. Es kennzeichnet die Genialität des Führers der russischen Bolschewisten, Lenin, daß er diese Doppelaufgabe der russischen Revolution erkannte und über alle Bedenken hinweg die Wogen der Revolution in diese Richtung dirigierte.

Würde das Werk gelingen? War es nicht vermessen, einfach ein entscheidendes Glied in der Entwicklungskette überspringen zu wollen? Im Anfang half man sich mit Laviere. Die Hoffnungen der russischen Revolution richteten sich auf die Weltrevolution, in die schon in naher Zeit den Weltkrieg umschlagen müsse. Das war eine Fehlrechnung, die noch verhängnisvoll vergrößert wurde durch den im Krieg gegen Polen mißlungenen Versuch, die Revolution auf den Bajonetten der Roten Armee über Rußlands Grenzen zu tragen. Alles weitere ergab sich nun für die russischen Bolschewisten gewissermaßen zwangsläufig. Das Laviere mußte einem System weichen, der anfängliche Zickzackkurs der späteren Generallinie des Fünfjahrplans, dem die Aufgabe gestellt ist, nicht nur eine in kürzester Zeitperiode zusammengedrückte, großzügige Industrialisierung des Landes, sondern gleichzeitig auch die Auflösung der letzten Besitzunterschiede, wie sie noch auf dem Lande bestanden, vorzunehmen und damit die Grundlagen eines völlig neuen sozialen Systems zu schaffen.

Unerhörte und namenlose Opfer mußte und muß heute noch das russische Proletariat diesem Aufbau bringen. Nichts billiger, aber auch nichts einfältiger als etwa deutsche und russische Lohnlisten zur Hand zu nehmen und daraus Schlüsse zu ziehen. Abgesehen davon, daß in Deutschland und in der ganzen kapitalistischen Welt ungezählte Millionen von Arbeitern längst in keiner Lohnliste mehr figurieren und wohl auch keine Aussicht haben, darin wieder Aufnahme zu finden und, abgesehen weiter davon, daß es im Leben des Menschen und gerade des Arbeiters Faktoren gibt, die in der Lohnliste wenig wie in den sonstigen Rubriken der Statistik zu erfassen sind — allein das Bewußtsein, Herr und nicht Knecht zu sein, wäre ein solcher, der alle Lohnunterschiede wettmacht —, abgesehen von all dem ist nie und nimmer die Größe, sondern der Zweck der Opfer entscheidend. Mit anderen Worten: es ist ein Unterschied, ob die Arbeiterschaft für den Kapitalismus oder als Vorleistung für den Sozialismus darben muß, der wohl in Rußland noch nicht besteht und auch noch gar nicht bestehen kann, zu dem aber die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Nicht minder aber und töricht die gehässige, kleinliche Kritik über auftretende Rückschläge oder sich einschleichende Fehler. Die Aufgabe, die dem Bolschewismus in Rußland gestellt ist, übertrifft an Grandiosität alles geschichtlich Erlebte und muß jede Kritik, die nicht zugleich mit aufbauendem Rat verbunden ist, schon darum zum Schweigen verurteilen, weil das Werk der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung sich an keinerlei Vorbilder anlehnen kann und gewissermaßen aus dem Leeren schöpfen muß.

Derselbe Fehler — mit umgekehrtem Vorzeichen — beschuldigt sich, wer sich und anderen die Erschwerungen verschweigt, die sich dem Aufbauwerk in Rußland notwendigerweise entgegenstellen. Nicht unser Wünschen und Wollen fällt hier in die Waagschale, sondern einzig und allein das Gewicht der Realitäten, und zu diesen Realitäten gehört — beklagenswert genug — auch die Tatsache, daß in Rußland nicht nur unmittelbar an vorkapitalistische Zustände mit all ihrer technischen und geistigen Rückständigkeit angeknüpft, sondern auch — wenigstens vorläufig — das besondere Problem der Errichtung des „Sozialismus in einem Lande“ zur Lösung gebracht werden muß.

Beides steht in engster gegenseitiger Verflechtung. Sozialismus kann inmitten einer kapitalistischen Welt nur werden und sich dauernd behaupten, wenn er dieser zumindest eine technisch gleichwertige Produktionsapparatur entgegenzustellen vermag. Anders verhält es dem Schicksal des Urkommunismus, der ebenfalls vom Kapitalismus als der technisch überlegenen Wirtschaftsform gesprengt worden ist. Das ist noch der mindest schwierige Teil der dem Bolschewismus gestellten Aufgabe. Die Technik ist nicht standortgebunden. Heute, im Zeichen des laufenden Bandes, weniger als je. Die ganze Produktionsapparatur ist transportabel, und was die geistige Rückständigkeit angeht, so hat gerade die neuere Zeit eine noch vor kurzem nicht gekannte Fülle von Mitteln zu ihrer Bekämpfung geliefert — Radio, Film usw. —, daß auch hier die Überspringung einer sonst Jahrzehnte beanspruchenden Entwicklung durchaus möglich geworden ist.

Eben dieser Zwang, auf die technischen Leistungen der kapitalistischen Staaten zurückzugreifen, gibt aber auch dem Problem „Sozialismus in einem Lande“ für Rußland einen ganz anderen Inhalt, als etwa für ein industriell hochentwickeltes Land. Rußland kann der kapitalistischen Mithilfe gerade in der Periode seines Aufbaus am wenigsten ent-

Der Höltermann-Block entlarvt

Die eiserne Kapitalsfront

Eine instruktive Diskussion — Freigewerkschaftlicher Führer gegen „Eiserne Front“

Berlin, 28. Januar

Wie stark innerhalb der freien Gewerkschaften die Opposition gegen die zum Schutz und Trutz des Kapitalismus wirkende „Eiserne Front“ wächst, zeigte am Mittwoch ein Diskussionsabend der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Liga für Menschenrechte. Im Verlauf dieser Debatte über die wirksamste Form des antifaschistischen Kampfes ergriff auch der Vorsitzende der freigewerkschaftlichen Bankbeamtenorganisation, Emonts, das Wort. Täglich, so betonte Emonts, werde er von Delegationen von Bankbeamten bestürmt, gegen den Schwindel der „Eisernen Front“ vorzugehen, eine Parole, die übrigens von dem „Acht-Uhr-Abendblatt“ erfunden worden ist! „Ohne zielklare sozialistische Parolen ist heute kein Hündchen aus dem Ofen hervorzulocken.“

Emonts wandte sich gegen alle Versuche, den Kapitalismus zu restaurieren, und richtete scharfe Angriffe gegen den ADGB, im besonderen gegen den Afabundvorsitzenden Aufhäuser, wegen der Beteiligung an der „Eisernen Front“. Diese „Eiserne Front“ — so betonte Emonts — stellt sachlich nichts anderes dar als eine Umetikettierung für die Partei des „kleineren Uebels“, als eine Paradedruppe für die Wiederwahl Hindenburgs! Schon einmal sind die Massen um die Früchte ihres Kampfes betrogen worden: beim Kapp-Putsch. Damals wurde ihnen vorgeheuchelt, daß die demokratische Republik „in Etappen“ den Sozialismus bringen werde. Von dieser Illusion ist das Proletariat heute befreit! Die Arbeiterschaft weiß, daß der Kapitalismus auf revolutionärem Weg überwunden werden muß — sie lehnt darum alle Quacksalbereien zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ab. Sie hat beim Kapp-Putsch gezeigt, daß sie zu kämpfen versteht, und sie wird bei der bevorstehenden großen Entscheidungsschlacht zeigen, daß sie sich nicht wieder um die Früchte ihres Sieges betrügen läßt!

Diese klaren Worte eines maßgebenden freigewerkschaftlichen Führers kennzeichnen die Situation: der reformistische ADGB-Apparat verliert täglich mehr an Einfluß. Unter dem Druck der Krise werden die Massen in die revolutionäre Front getrieben.

Aber auch in anderer Beziehung war der Liga-Diskussionsabend aufschlußreich — insofern nämlich, als er ein grauenhaftes ideologisches Spiegelbild der „Eisernen Front“ enthüllte. Nach einem klaren einleitenden Referat des Genossen Kurt Rosenfeld, der die prokapitalistischen Tendenzen der Magdeburger Neuzündung ausgezeichnet beleuchtete, sprach Hellmut v. Gerlach als Korreferent.

Der bürgerlich-demokratische Politiker zog alle Register der Tolerierpolitik. Sozialismus? Utopien! „Ueber Endziele zu diskutieren mag gewiß interessant sein; ihre Ausführung überlasse ich lieber meinen Enkeln.“ Im Hinblick auf den Faschismus lautet für Gerlach die wesentliche Frage: kommt Hitler illegal oder legal? „Wenn Hitler legal zur Regierung kommt, dürfen wir ihn nur mit legalen Mitteln bekämpfen.“ Denn — so spricht der Wortfechter der „Eisernen Front“ — die Demokratie darf nicht verletzt werden! Illegale Mittel sind nur in Ländern der Diktatur gestattet, z. B. in Italien; „auch in Rußland würde ich jede Illegalität für geboten halten“ (!!).

Und dann prägt v. Gerlach den klassischen Satz, welcher die wahre Kursrichtung der „Eisernen Front“ bezeichnet:

„Es gibt nur eine Möglichkeit, Hitler zu verhindern: man muß sich mit aller

Energie für die Regierung Brüning einsetzen.“

Für dieses Glaubensbekenntnis will die „Eiserne Front“ nicht nur die Arbeiter gewinnen, sondern auch — worauf Gerlach besonderen Nachdruck legt — die „geistigen Potenzen Deutschlands“. Was die Gewerkschaften betreffe, so könne man sich darauf verlassen, daß die organisierten Arbeiter „brav und diszipliniert den Parolen ihrer Leitung folgen“ ...

Die sozialdemokratischen Führer pflegen den Tatbestand — die „eiserne“ Mobilmachung zur Rettung der kapitalistischen Republik — mehr oder weniger durch die Schleier einer demagogischen Phraseologie zu verdecken. Gerlach hat die Ziele des Höltermann-Blocks eindeutig formuliert. Es war bezeichnend, daß er fast jedesmal, wenn in der Debatte von der Notwendigkeit der Sozialisierung die Rede war, in unbändige Heiterkeit ausbrach. Der Gedanke, daß die kapitalistische Privatwirtschaft einmal zu Ende sein könnte, stellt für diesen enthusiastischen Propagandarede der „Eisernen“ eine Absurdität dar. Mit keinem Wort spricht er von der Wirtschaftskrise und dem Weg zu ihrer Ueberwindung. Die öko-

nomischen Ursachen des Faschismus exstieren für ihn nicht. Politik betrachtet er als ein interessantes parlamentarisches Schachspiel, in dem es nur psychologische, aber keine sozialer Triebkräfte gibt. So ist Gerlach natürlich bereit, auch den Faschismus zu tolerieren, wenn dieser sich nur an die Spielregeln hält. Und immer gibt es ein „kleineres Uebel“ ...

Sozialdemokratische Arbeiter, seht ihr endlich, in welche Front man euch führen will? Seht ihr, daß die Tolerierung des Kapitalismus durch eure Führer keine Grenzen kennt? Und wollt ihr in den kommenden Auseinandersetzungen unter den schwarz-rot-goldenen Bannern der Privatwirtschaft und der bürgerlichen Demokratie marschieren? Wollt ihr die Front Höltermann - Leipart - Gerlach - Brüning stützen — und das heißt: dem Faschismus Vorschub leisten?

Die Antwort dürfte keinem klassenbewußten Proletarier schwer werden. Nicht in der eisernen republikanischen Kapitalsfront, sondern in der revolutionär-sozialistischen Front, wie sie die Sozialistische Arbeiterpartei auf ihre Fahne geschrieben hat, ist der Kampfplatz der Arbeiterschaft!

Nazi-Unverschämtheit

Helldorf verhöhnt das Gericht — Verhaftung angeordnet

Berlin, 28. Januar.

Bei Beginn der Sitzung im Kurfürstendamm-Prozess fehlte heute Graf Helldorf. R.-A. Dr. Sack hatte bereits gestern Abend der Strafkammer mitgeteilt, daß Graf Helldorf an einer wichtigen Führerbesprechung in München teilnehmen müsse und daher heute nicht zur Verhandlung erscheinen könne. Die Antwort des Landgerichtsdirektors Ohnesorge, daß Graf Helldorf unbedingt zur Verhandlung erscheinen müsse, und daß er eventuell einen Vorführungs- oder Haftbefehl zu erwarten habe, erreichte angeblich den Angeklagten nicht mehr, da er inzwischen zum Bahnhof gefahren war.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stenig beantragte zu Beginn der Sitzung Haftbefehl gegen den Grafen Helldorf, da in seiner Fahrt nach München eine offensichtliche Nichtachtung des Gerichts läge. Graf Helldorf wisse ganz genau, daß seine Anwesenheit zur Fortführung des Prozesses notwendig sei. R.-A. Dr. Triebel erklärte,

daß Graf Helldorf bei der Aufforderung, sofort nach München zu kommen, in einem schweren Gewissenskonflikt geraten sei. Aber schließlich stände er als Leiter der SA auf einem wichtigen politischen Posten, so daß unter Umständen seine Anwesenheit bei einer politischen Konferenz wichtiger sei als bei einer Gerichtsverhandlung, wo jetzt auch nur noch Zeugen gehört würden, die von der ihm vorgeworfenen strafbaren Handlung nichts wüßten.

Das Gericht zog sich dann zur Beratung zurück. Landgerichtsdirektor Ohnesorge verkündete dann den Beschluß der Strafkammer: „Der Angeklagte Graf Helldorf ist zu verhaften, da sein Ausbleiben in der Hauptverhandlung nicht genügend entschuldigt ist.“

Auf Antrag des Staatsanwalts wurde dann die Verhandlung zum Zwecke der Verhaftung des Grafen Helldorf bis Freitag früh ausgesetzt. — Wir möchten wissen, was einem Arbeiter geschähe, der ebenso unverschämt mit dem Gericht umspränge wie die gräflichen Lausbuben in der Nazi-Partei.

Will Hitler

Reichspräsident werden?

Er soll zum Deutschen gemacht werden

Braunschweig, 28. Januar.

Um bei einer eventuellen Kandidatur Hitlers für die Reichspräsidentenwahl die Schwierigkeiten zu beseitigen, die darin liegen, daß Hitler nicht Deutscher ist (er ist von Herkunft Tscheche), soll nach Berliner Meldungen der Führer der nationalsozialistischen Bewegung zum außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt oder als Vertreter Braunschweigs in den Reichsrat delegiert werden. Dadurch würde er automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Von Minister Dr. Kuchenthal, dessen Enthüllung zu einer Ernennung Hitlers zum Reichspräsidenten in jedem Fall notwendig sein würde, wird hierzu mitgeteilt, daß ihm von den Plänen, soweit Braunschweig in Betracht komme, nichts bekannt sei. Die angebliche Professur wie auch

die Vertretung Braunschweigs im Reichsrat seien Dinge, über die das Gesamtministerium zu entscheiden habe. Besprechungen hätten noch nicht stattgefunden.

Die Absicht wird also jedenfalls nicht gelehnet, und dieses „Dementi“ ist eine ausgezeichnete Bestätigung. Es scheint also, daß mit einer Kandidatur: Hitler zur Reichspräsidentenschaft zu rechnen ist.

Katzenellenbogen-Prozess beginnt

Am Freitag beginnt vor der 3. Strafkammer des Berliner Landgerichts I der Prozess gegen die Mitglieder des ehemaligen Generaldirektorkonsortiums der Schultheiß-Patzenhofer A.-G.: gegen Ludwig Katzenellenbogen, Erich Penzlin, Dr. Walter Sobornheim, Ernst Kulmay und Rudolf Funke.

Die Anklage wird durch Oberstaatsanwalt Dr. Sturm und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Grüneberg vertreten.

Die Anklage lautet auf Bilanzverschleierung, für Katzenellenbogen und Penzlin außerdem auf Prospektvergehen und für Katzenellenbogen allein auf handelsrechtliche Untreue.

Die Vorgänge im Schultheiß-Patzenhofer-Konzern, deren Aufdeckung bekanntlich Ende Oktober vorigen Jahres zur Verhaftung Katzenellenbogens führte, wirft ein bezeichnendes Licht auch auf die von gewissen Seiten so warm als „Ersatz-Sozialismus“ empfohlene Staatskontrolle der einflussreichsten Wirtschaftsgebilde. Die kapitalistischen Regisseure, die ihrem eigenen Aufsichtsrat und ihrer kontrollierenden Generalversammlung Transaktionen verschweigen konnten wie die Stützungskäufe in Ostwerke- und Schultheißaktien, die diese Transaktionen in den Bilanzen unter den Tisch fallen lassen können, die unter vier Augen mit Summen von 30 Millionen Mark jonglieren — man müßte befürchten, daß sie die Beziehung eines harmlosen mittleren Steuergewaltigen mehr als eine Sanktion als eine Behinderung empfinden würden.

raten, und die Gegensätze nicht nur unter den einzelnen kapitalistischen Staaten, sondern ebenso der einzelnen Kapitalisten brachten es bisher wenigstens auch zuwege, daß diese Hilfe nicht ausblieb. Solange Rußland aber in diesem Hinblick seine Unabhängigkeit nicht gesichert hat, solange ist es auch mit dem kapitalistischen System selbst — wenn auch nur mittelbar — schicksalverknüpft und darum auch in der inneren Ordnung seiner Verhältnisse nicht frei.

Eine geradezu tragische Bestätigung dieser Wahrheit liefert die unmittelbare Gegenwart. Die Krise, die die ganze kapitalistische Welt bis in ihre Fundamente erschüttert, wirft ihre kalten Schatten auch auf Rußland. Da sie nicht nur die Industrie, sondern fast mit elementarerer Wucht auch die Agrarwirtschaft erfaßt hat, was sich in einem besonders jähen Preissturz aller land- und forstwirtschaftlichen Produkte — die Hauptausfuhrartikel Rußlands — ausdrückt, warf die Krise alle zum Ausgang des Fünfjahrplans genommenen Berechnungen um und erzwang ja auch eine wesentlich andere Gestaltung des neuen Plans — Verlegung des Schwergewichts von der Pro-

duktionsmittel- auf die Konsummittelindustrie — als es in den ursprünglichen Intentionen lag.

Das sind Tatsachen, deren Feststellung nur denjenigen peinlich sein kann, für die es keine Probleme, sondern nur Illusionen gibt oder die alles aus dem einzigen Grunde schon gut finden, weil es bolschewistisch ist. Die russischen Bolschewisten, die im harten Alltag mit diesen Problemen zu ringen haben, dürften vermutlich anders denken und über solche Naivität mitleidsvoll lächeln. Besser als jeder andere kennen sie die Grenzen, die das Problem „Sozialismus in einem Lande“ gerade ihrem Handeln steckt und wissen darum, wie jede Maßnahme nur bedingt richtig sein kann, weil eben alles durch die Bedingtheiten der russischen Revolution überhaupt diktiert ist. Nicht die Leugnung, sondern gerade die Erkenntnis dieser Bedingtheiten rückt erst die wahre Gigantität der Aufgaben ins Licht, vor die die Bolschewisten gestellt sind, wie auch nicht deren Leugnung, sondern gerade deren Erkenntnis erst das Weltproletariat an seine Aufgabe gemahnt, die Bedingtheiten Rußlands zu sprengen, indem es den Kampf um den Sozialismus in einem Lande zu einem Kampf des Sozialismus in jedem Lande erweitert. Das ist die große Mahnung der Stunde.

Die Matrosenrevolte von 1917

Der Bericht eines zum Tode Verurteilten — Von Willy Sachse

5. Fortsetzung

Die Wirbel hören auf zu schlagen

Es ist eine Unruhe in mir. Ich höre nicht mehr Reichpietschs Schritte unter meiner Zelle. Nicht mehr das schwere, monotone Auf und Ab, Auf und Ab. Diese klingenden Schritte einer nervösen Seele. Ich fühle nicht mehr die ruhigen, blauen Augen Alwin Köbis', seine harten knöchernen Hände, die zuckten immer, wenn er Gedachtes sprach. Das alles wird überhaupt nicht mehr sein. Die Zellen der Kameraden sind leer. Sie sind irgendwohin ins Weite, Unfaßbare gefahren. Und diese Ferne ist der Tod. — So ist das Leben! Die Kameraden kämpften um Brot und Freiheit, um Lebensmöglichkeiten und um Frieden. Darum saßen sie. Es gibt wieder mehr Brot auf den Schiffen und kleine Freiheiten. Und der Friede muß auch bald kommen. Ewig kann dieser Krieg nicht sein. Aber diese beiden mußten erst sterben, damit alles werde, wie sie es gedacht hatten. Märtyrer einer großen Sehnsucht, die in uns ist seit Jahrtausenden und noch immer.

Es ist so traurig, so jung schon sterben zu müssen, und doch wunderbar, Märtyrer dieser großen Sehnsucht nach Licht und Freiheit, nach Menschlichkeit zu sein.

Es klopft an der Zellentür. Der Posten draußen will zu mir sprechen. Er fand einen Brief in Köbis' Zelle. Sein letzter Brief! So schrieb er:

„Liebe Eltern, ich bin heute, den 1. 9. 17 zum Tode verurteilt worden. Nur ich und noch ein Kamerad. Die andern sind zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt worden. Warum es mir so ergeht, werdet Ihr ja gehört haben. Ich bin ein Opfer der Friedenssehnsucht; er folgen noch mehrere. Ich kann der Sache nicht Einhalt gebieten. Es ist gegen 6 Uhr morgens. Um 6.30 Uhr werde ich nach Köln gebracht. Mittwoch, den 12. 9., 4 Uhr morgens falle ich, ein Opfer der Militärjustiz. Ich hätte Euch gern noch einmal die Hand gedrückt, aber ich werde stillschweigend erledigt. Tröstet Paula und den kleinen Fritz. Ich sterbe zwar nicht gern so jung, aber ich werde sterben mit einem Fluch auf den deutschen Militärstaat. Das sind meine letzten Zeilen. Vielleicht bekommst Du und Mutter sie einmal zugesandt! Auf immer Euer Sohn Alwin.“

Lieber Kamerad, wenn Du bald in Freiheit kommen solltest, sende dies an Herrn Karl Köbis, Berlin-Reinickendorf, Chausseestr. 16.“

Dieselben harten Worte eines entschlossenen Kämpfers. Eines Aufrechten. Anklagend, verdammend und zukunftsahnend!

Fast zur gleichen Stunde liegt dem Gouverneur von Köln ein Bericht zur Unterschrift vor. In ihm sind nicht alltägliche Worte in eine Form gegossen. Es ist die Urkunde zweier Erschießungen. Die Formeln sind kurz und bestimmt; der Sekretär liest mit einfacher Betonung:

„Schießplatz Wahn, den 5. Sept. 1917.“

Die Vollstreckung der gegen die Angeklagten Reichpietsch und Köbis am 28. August erkannten Todesstrafe fand heute vormittag statt. Zur Strafvollstreckung war ein Detachement in Stärke einer Kompagnie befehligt.

Funktürme werden verschrottet . . . Wesermünde, 28. Januar.

Am Mittwoch wurden die beiden letzten 40 Meter hohen Funktürme der Küstenstation in Wulsdorf umgelegt. Erst im Jahre 1925 erbaut, ist die Station mit ihren vier Türmen schon seit mehr als Jahresfrist durch den Seeverkehr der Stationen Norddeich und Elbe-Weser-Radio überflüssig geworden. Die Türme werden verschrottet.

„M 2“ immer noch nicht gefunden

London, 28. Januar.

Die Hoffnung, das verschollene Unterseeboot „M 2“ noch rechtzeitig bergen zu können, schwindet mehr und mehr. Die Nachforschungen sind während der ganzen Nacht mit größtem Eifer fortgesetzt worden, blieben aber ohne jeglichen Erfolg.

Neue Polarreise „Krassin“

Nach einer sowjetamtlichen Meldung aus Leningrad werden in den dortigen Dockanlagen die Ausbesserungs- und Ueberholungsarbeiten an dem Eisbrecher „Krassin“ in den nächsten Tagen beendet sein. Der Eisbrecher wird darauf alle Vorbereitungen für eine neue Fahrt ins nördliche Polargebiet treffen.

Das Verfahren wurde von Major Mörs geleitet. Auf dem Richtplatz wurde den Verurteilten, während das Detachement das Gewehr präsentierte, die Urteilsformel und die Bestätigungsorder vorgelesen. Nachdem dann den Geistlichen gestattet worden war, den Verurteilten nochmals zuzusprechen, wurden ihnen die Augen verbunden.

Darauf führten je zehn in zwei Glieder verteilte, auf fünf Schritt vor den Verurteilten aufgestellte Gemeine das Urteil auf Kommando aus, und zwar vormittags 7.03 Uhr.

Der zur Teilnahme an der Vollstreckung kommandierte Arzt Werner stellte 7.04 Uhr den sofort eingetretenen Tod beider Verurteilter fest.“

Der Gouverneur unterzeichnete und ordnete an, daß noch am gleichen Tage die Urkunde dem Chef der Hochseestreitkräfte übermittelt wird.

Wirbel hörten auf zu schlagen!

Proleten im wandernden Wagen . . .

Die Zigeuner organisieren sich!

In Berlin-Weißensee befindet sich die größte Zigeuner-Niederlassung Deutschlands. Auf einem Bauplatz, hinter Schutt und verrosteten Konservendbüchsen, „parkt“ eine Anzahl der Wohnwagen. Drinnen sieht es schmutziger aus als in der Bude des deutschen Stempelbruders, trotz allem. Aber ärmlischer kaum. Der Unterschied zwischen einem bodenständigen Hinterhausloch und diesem Wohnkarren ist unbedeutend. Der unbedeutende Unterschied ist ganz gefallen, seitdem die Reichsbahn Erwerbslosen als „trautes Heim“ ausrangierte Eisenbahnwagen zur Verfügung stellt.

Ein junger Zigeuner bietet mir in dieser „Häuslichkeit“ Platz an. „Die Liebe von Zigeuner stammt“, lacht er bitter und zeigt auf sein Rudel abgerissener, hungriger Kinder. „Es herrschen wirre Vorstellungen über das Zigeunertum! Die einen sehen in uns mit der romantischen Brille der Operetten den feurigen Zigany, der mit wilden Augen, das Messer zwischen den Zähnen, nach Liebe jagt — und für die anderen sind wir ein Diebes- und Räubergesindel. Auch der deutsche Arbeiter hat noch nicht die Vorurteile uns gegenüber abgelegt. Wir gelten als Menschen zweiter Güte. Dabei haben wir weder Meuchelmörder und Brandstifter unter uns, noch rauben wir Kinder, wie es in den Ammenmärchen von uns heißt. Was ein großer Teil der „Sinte“ wirklich auf dem Kerbholz hat, sind kleine Vergehen wie Holzdiebstahl, Wahrsagereien, Schwindeleien mit Pferden und Geigen.“

Wir sind, Proleten, nichts weiter.

Die Krise wütet unter uns. Für Rummelplätze hat kein Mensch mehr Geld. Hausierer sind die deutschen Stempelbrüder auch geworden, und der Pferdehandel liegt völlig danieder. Wenn wir die Wohlfahrt um Unterstützung angehen, droht man uns mit Ausweisung. Wir stehen ja überall unter Zigeunerrecht, das landesrechtlich geregelt ist. Nur im Krieg, da waren wir gut genug, im Graben zu liegen und uns für Deutschland kaputtschießen zu lassen! Was man uns dafür gegeben hat? Die Rechtsgleichheit zwar nicht, aber das — „Eiserne Kreuz“. Und unsere Kriegerwitwen und Invaliden bekommen eine Rente, von der sie verhungern können.

Das einzige, mit dem wir uns über Wasser halten, ist die Musik. In den meisten Fällen haben die ungarischen Zigeunerprimas Ungarn gar nicht gesehen, sondern sind irgendwo auf der Wanderschaft in Deutschland zur Welt gekommen. Im Wohnwagen natürlich. An diesem Wagen hängen sie. Wenn sie auch im eleganten Abendanzug im eleganten Café stehen und lächelnd schöne Frauen umgeigen — morgens fällt die weitstädtische Hülle und der Primas kehrt an die Stadtgrenze zurück, in seinen Karren hinter Schutt und verrosteten Konservendbüchsen, zwischen einem Rudel heulender, verschmutzter Kinder.

Vielleicht sind wir dem deutschen Proleten so fremd, weil wir unsere alten Sitten beibehalten haben. Es gibt bei uns noch ältere, unbescholtene Männer, die Recht sprechen. Am strengsten geahndet wird der Ehebruch. Aber der Zusammenhalt der Familie und Sippe hat doch ein Gutes: auch der Zigeuner hat ein-

gesehen, daß er als Proletarier nur existieren kann, wenn er sich organisiert.

Solidarität ist auch bei uns die große Forderung geworden.

Die Sippen und Familien haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, deren Ausbau zwei Zigeuner und ein „Gatschi“, ein Nichtzigeuner, übernehmen. Gerade bei uns, die wir wenig organisatorisch veranlagt sind, gibt es viele gefühlsmäßige Hemmungen zu überwinden. Die Initiative zum Zusammenschluß ist von den bayrischen Zigeunern ausgegangen. Sie staunen, daß ich bayrisch spreche? Wir nehmen sehr schnell die Mundart des Landes an, in dem wir aufgewachsen sind. Nachdem während der Räterepublik in München sämtliche Akten des Zigeunernachrichtendienstes verbrannt wurden, sind die Bestimmungen in Bayern so streng geworden, daß ein Großteil der „Sinte“ nach Berlin-Weißensee ausgewandert.

Die Organisation soll vor allem wirtschaftlichen Interessen dienen. Eine Unfall- und Krankenversicherung soll gegründet werden, eine Zigeunerbank ihr angeschlossen werden. Hier und da mag es ja auch Zigeuner geben, die zu Vermögen gekommen sind, eigene Villen besitzen und in silberbeschlagenen Wagen mit auserlesenen Pferden daherkutschieren. Aber gerade die Vermögenden sind denkfaul und rückständig und werden von uns „Indianer“ genannt. Wir jungen Proleten sind bildungshungrig und folgen der sozialistischen Arbeiterbewegung mit großer Anteilnahme. Wir wünschen sehr, den Anschluß an das deutsche Proletariat zu finden.“ L. Schaefer.

Severings legaler Faschismus

Der „Freidenker“ gegen die Staatspolitik — Und die

Die „Eiserne Front“ steht und macht viel von sich reden. Ihre großen Worte stehen in umgekehrtem Verhältnis zu ihren Taten und Möglichkeiten. Denn schließlich gehört zur Bekämpfung des Faschismus ein bißchen mehr als Aufmärsche und Versammlungen. Ein bißchen proletarischer Klassenkampfgeist gehört wohl auch dazu. Aber da ist die „Eiserne Front“ am Ende, ehe sie noch begonnen hat.

Eine neue Bestätigung dessen, was wir von Anfang an zu diesem Thema gesagt haben, gibt uns der „Freidenker“ in seiner Nummer vom 16. Januar. Er berichtet: Zu Weihnachten erschien in der Verbandszeitung ein Gedicht „Weihnachtsandacht“, das wohl nicht gerade auf kirchlichen Ton gestimmt war. Sofort erhebt die Zentrumsfraktion im preußischen Landtag Protest, und mit gleicher Promptheit erfolgt eine „ernstliche Verwarnung“ vom Berliner Polizeipräsident mit Verbotsandrohung im Wiederholungsfalle. Der preußische Innenminister Severing hat wieder einmal funktioniert. Aber was tut er, wenn der „Volksverein für das katholische Deutschland“ ein Flugblatt gegen Rußland und die deutschen Freidenker verbreitet, in dem „Blutschande, Vielweiberei und Mord am ungeborenen Kinde“ noch die geringsten Vorwürfe sind, die erhoben werden? Was tut — bescheidene Anfrage — in diesem Fall der sozialdemokratische Pressechef Zechlin, dem die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Mussolini so am Herzen liegen? Was geschieht, wenn ein evangelischer Pfarrer das katholische Meßopfer als Gotteslästerung und die katholische Kirche als die des Antichrist bezeichnet? Oder wenn ein anderer evangelischer Pfarrer sich weigert, wegen des Todes eines „Zentrumsbozen“ die Glocken läuten zu lassen, und erklärt, wenn Adolf Hitler sterbe, dann würden die Glocken Tag und Nacht läuten? Ja, das ist etwas anderes! Kulturpolitische und faschistische Reaktion sind sakrosankt — aber den proletarischen Freidenkern geht's an den Kragen.

Der „Freidenker“ gesteht der SPD gern zu, daß sie als Partei keine Verantwortung für die Bewegung trage, aber er meint, das enthebe sie noch nicht „ihrer eigenen kultur-

politischen Bindungen als proletarische Partei“. Welche Illusion! Die „Bindungen“ sind ganz wo anders. Sie sind beim bürgerlich-kapitalistischen Staat, welche Farbe er auch tragen mag. Der „Freidenker“ nennt die Dinge beim richtigen Namen, wenn er schreibt:

„Die kirchliche Reaktion will mit staatlichen Machtmitteln die Freidenkerbewegung erdrücken, unter Verletzung der Reichsverfassung. Das ist legaler Faschismus. Es wird gegenwärtig viel geredet und geschrieben von der „Eisernen Front“ und der „Einheitsfront“ gegen den Faschismus. Der Faschismus ist aber nicht nur in Hitler verkörpert. Sehen wir uns die Fronten, gegen die wir zu kämpfen haben, sehr genau an. Es könnte sonst so kommen, daß wir den illegalen Faschismus schlagen, um vom legalen besiegt zu werden!“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Mucker regen sich in England

Die englischen Film-Gesellschaften sind durch ein Rundschreiben der Zensur aufgefordert worden, alle Liebesszenen „so kurz und diskret wie nur möglich“ zur Darstellung zu bringen. Badeszenen und mehr oder minder zweideutige Bemerkungen im Dialog sollen in Zukunft aus dem Film verschwinden. Die Zensur begründet diese Verschärfungsmaßnahme mit der Ansicht, es sei durchaus nicht angebracht, das Niveau des englischen Films dem der amerikanischen Produktion anzupassen.

Dichter und Vagabund

52 Jahre alt, ist unlängst in Springfield im Staate Illinois (USA) der „Vagabunden-Dichter“ Amerikas, Nicholas V. Lindsay, gestorben. Dieser seltsame Poet versuchte sein Leben lang im Hausierhandel seine Werke an den Mann zu bringen. Besonders bekannt wurde er durch seine komische Art der Deklamation des von ihm Geschaffenen. Er pflegte, von einer Anhängergruppe begleitet, dabei wilde Tänze vollführen, die ihm bald den Ruf einer außerordentlichen Originalität verliehen.

Wo der Rundfunk spart

Programmverschlechterung in Sicht!

Wie ein Berliner Mittagsblatt berichtet, sind im Etat der Berliner Funkstunde weitere Einsparungen geplant, — aber nicht etwa an den unerhört hohen Gehältern für die leitenden Personen, sondern an den Programmkosten!

Im letzten Jahr belief sich der Programm-etat der Funkstunde auf 100 000 M. Es handelt sich dabei ausschließlich um die Honorare für die Mitwirkung von Künstlern und Vortragenden, Tantiemen u. a. Dieser Etat war bereits zu Beginn des neuen Jahres auf 60 000 M. herabgesetzt worden, und jetzt ist eine weitere Reduktion geplant. In Zukunft dürfen nur noch 1500 M. für einen Sendetag aufgewandt werden!

Nach dem gegenwärtig üblichen Verteilungsschlüssel würde der auf die Berliner Funkstunde entfallende Anteil an den Gebühren rund 10,5 Millionen Mark betragen. Davon sollen künftig nur 1/2 Million für das Programm verwendet werden, also kaum fünf Prozent.

Eine Verschlechterung des Radioprogramms wird die Folge sein. Die sozialistischen Radiohörer, die das Hauptkontingent der Hörer überhaupt stellen, müssen dagegen Protest erheben. Besonders angesichts der Tatsache, daß die Radiogebühren nicht abgebaut werden, bedeutet ein weiterer Abbau des Sendeniveaus einen schamlosen Betrug an den Massen der Hörer.

Feuilleton der SAZ

John Pierpont Morgan / Von John Dos Passos

Von John Dos Passos erscheint im Februar in New York ein neues Buch, das unter dem Titel „1919“ die Persönlichkeiten Amerikas unter die Lupe nimmt. Daraus heutzutage die folgende Schilderung:

„Ich lege meine Seele in Jesu Hände“, schrieb John Pierpont Morgan in seinem Testament, „in der Zuversicht, daß er sie aufnehmen und waschen wird in seinem heiligen Blute. Er wird sie ohne Makel zu Gottes Thron bringen, und ich halte meine Kinder an, niemals Gottes Wege zu verlassen...“

Als John Pierpont Morgan im Jahre 1913 in Rom starb, „legte er in die Hände seines Sohnes“, des Repräsentanten des Hauses Morgan, nicht seine Seele, sondern die Kontrolle über alle Morgan-Interessen in New York, Paris und London, über vier Nationalbanken, drei Truste, drei Lebensversicherungen, zehn Eisenbahngesellschaften, drei Straßenbahngesellschaften, eine Blitzzuggesellschaft und eine internationale Handelsmarine, die Majorität über achtzehn andere Eisenbahngesellschaften, USA-Stahltrust, General Electric, über die amerikanischen Telegraphen- und Telephongesellschaften, zusammen fünf Hauptindustrien.

Die miteinander verbundenen Kabel der Morgan-Skullmann-Baker-Dreieck machen dreizehn Prozent des gesamten Weltkapitals aus.

Der erste Morgan, der es mit einem Pool (Raubgeschäft) versuchte, war Josef Morgan, ein Hotelbesitzer in Hartford (Connecticut), der Postkutschenlinien eröffnete und das Stammkapital der Aetna-Lebensversicherung im Augenblick einer Panik aufkaufte, die durch eine der großen New Yorker Feuersbrünste im Jahre 1830 hervorgerufen wurde.

Sein Sohn Junius folgte in den väterlichen Fußstapfen, zuerst in kleinen Unternehmungen, dann als Teilhaber bei Georg Peabody, einem Bankier in Massachusetts, der ein riesiges Versicherungs- und Handelshaus in London errichtete und ein besonderer Freund der Königin Viktoria von England wurde.

Schon mit zwanzig Jahren war er ein griesgrämiger Kerl.

Kriege zu Wasser und zu Lande und Panik auf den Weltbörsen waren das beste Wetter für das Wachstum des Hauses Morgan.

Als Kanonen das Fort Sumpton bombardierten, tauschte der junge Morgan zunächst Gold gegen Musketen und Muskotten für die USA-Armee. Dabei begann er sich in den goldenen Räumen der New Yorker Altstadt sehr wohl zu fühlen. Der Goldhandel ging besser als der Handel mit Musketen und Muskotten. Das war der Erfolg des Amerikanischen Bürgerkrieges.

Während des Französisch-Russischen Krieges machte der junge Morgan der französischen Regierung das Geld fließen für eine riesige Anleihe.

Gleichzeitig geriet er mit den Rothschilds in Frankfurt am Main und mit Jay Cooke wegen der amerikanischen Kriegsschulden in Streit.

Die Zusammenbrüche des Jahres 1875 ruinierten Jay Cooke und machten Pierpont Morgan zum Chefrouprier von Wallstreet.

Er war bekannt wegen seiner Worte: „Ja oder nein?“ und wegen seiner Handbewegung, die hieß: „Was kommt dabei für mich heraus?“

Im Jahre 1877 zog sich Junius Morgan zurück. Junius Pierpont machte sich zum Generaldirektor der New Yorker Zentraleisenbahngesellschaft und ließ seine erste Luxusjacht „Korsar“ vom Stapel laufen. Er liebte Segeljachten und nette Schauspielerinnen, die ihn „Kapitän“ rufen mußten.

Er stiftete das Entbindungshospital auf dem Suyvesant-Square und ging gern in die St-Georgs-Kirche, um dort am heiligen Nachmittag allein ein frommes Lied zu singen.

Aus den Zusammenbrüchen des Jahres 1893 rettete er nicht ohne beträchtlichen Gewinn für sich die Staatsfinanzen der USA. Der Goldabfluß hatte das Land derart ruiniert, daß die Farmer den Silberstandard forderten. Grover Cleveland und sein Kabinett rannten im Blauen Saal des Weißen Hauses hin und her und wußten keinen Ausweg. Der Kongreß tagte mit großer Reden, und die letzten Goldreserven flossen aus dem Staatstresor.

Menschen starben in den Städten vor Hunger. Coxey's Truppen marschierten auf Washington. Der Präsident hatte nicht den Mut, die Geldherren in Wallstreet zu rufen.

Morgan saß still in Arlington und spielte den Einsamen, als die Delegation des Präsidenten bei ihm erschien.

Er hatte das Rezept gegen den Blutsturz des Goldes bereits auf „Ja oder nein?“ fix und fertig und seine Diagnose war von Erfolg in jeder Beziehung. Carnegie räumte seinen Laden und Morgan fundierte den Stahltrust.

J. Pierpont Morgan war ein choleraischer Mensch mit winzigen Elsteraugen und einer Warze auf der Nase. Er ließ seine Gegner sich selbst zugrunde richten, und in der unübersichtlichsten Lage des Weltmarktes saß er in seinem Büro, rauchte seine schwarze Zigarre, forderte sein unerbitliches „Ja oder nein?“, und wenn es etwas zu entscheiden gab, das seine Interessen nur geringprozentig betraf, zeigte er den Rücken und ging in seine Einsamkeit.

Alle Weihnachten las ihm sein Bibliothekar den Weihnachtsschorsal von Dickens aus dem Originalmanuskript.

Er war ein Freund von Kanarienvögeln, chinesischen Hündchen und Segeljachten, und von seinen Sammlungen schätzte er besonders juwelenbesetzte Schnupftabakdosen, die er hin und wieder öffnete, um sie mit seinen Elsteraugen zu beblinzeln.

Als er mit König Eduard dinierte, saß er zur Rechten seiner Majestät. Er aß mit Kaiser Wilhelm. Er sprach gern mit Kardinälen und mit dem Papst. Niemals versäumte er eine Versammlung der Bischöfe, und jeder neue „Korsar“, der vom Stapel lief, war eleganter als der frühere.

Wie die Krähe...

Der folgende Song stammt aus dem Drama „Die Mutter“ von Brecht-Eisler, das z. Zt. von der Gruppe Junger Schauspieler im Berliner Lustspielhaus aufgeführt wird. Am 1. Februar findet eine Sondernovellensitzung für SAP und SJV statt.

Bürste den Rock,
Bürste ihn zweimal;
Wenn Du ihn gebürstet hast
Ist er ein sauberer Lumpen.

Koche mit Sorgfalt,
Scheue keine Mühe,
Wenn die Kopeke fehlt,
Ist die Suppe nur Wasser.

Arbeite, arbeite mehr,
Spare, teile besser ein,
Rechne, rechne genauer —
Wenn die Kopeke fehlt, kannst Du nichts machen.

Was immer Du tust,
es wird nicht genügen,
Deine Lage ist schlecht.
Sie wird schlechter.
So geht es nicht weiter,
Aber, was ist der Ausweg?

Wie die Krähe, die ihr Junges
nicht mehr zu füttern vermag,
machtlos gegen den winterlichen Schneesturm,
keinen Ausweg mehr sieht und jammert,
siehst Du auch keinen Ausweg
Und jammertest.

Was immer Du tust,
es wird nicht genügen.
Deine Lage ist schlecht,
so geht es nicht weiter.
Aber was ist der Ausweg?

Furchtlos arbeitet Ihr und scheut die Mühe nicht,
Zu ersetzen das Unersetzbare
und einzuholen das Nichteinzuholende.
Wenn die Kopeke fehlt, ist keine Arbeit genug.
Ueber das Fleisch, das Euch in der Küche fehlt,
wird nicht in der Küche entschieden.

Was immer Ihr tut,
es wird nicht genügen.
Eure Lage ist schlecht,
sie wird schlechter;
so geht es nicht weiter.
Aber, was ist der Ausweg?

Rom war seine Lieblingsstadt.
Er verehrte die Kochkunst, alte Weine, junge Frauen und eben Segeljachten.

Er legte sich eine Handschriftensammlung der Herrscher Frankreichs an, füllte Glaskasten mit babylonischen Schriftzeichen, Siegeln, Büsten, Statuen, gallisch-römischen Bronzen, Juwelenschmuck der Merowinger, Miniaturen, Uhren, Gobelins, Inkunabeln, Bildern aller alten niederländischen, flämischen, italienischen und spanischen Meister, Niederschriften der Evangelien und der Apokalypse, mit einer handschriftlichen Sammlung der Werke Jean Jacques Rousseaus und der Briefe des jüngeren Plinius.

Seine Sammler kauften alles, was einmalig und kostbar war und nach „Empire“ aussah. Was man ihm brachte, beblinzelt seine Elsteraugen, und er steckte es unter Glas.

Die Panik des Jahres 1907 und der Tod seines gefährlichen Rivalen in der Eisenbahnfinanz Harriman im Jahre 1909 machten ihn zum unbestrittenen Herrscher in der Wallstreet.

Als alter Mann, überdrüssig des Purpurs und gepeinigt von Gicht, geruhte er nach Washington zu kommen, um auf der Konferenz des Pujo-Komitees (einer Gesellschaft für Trustforschung) von sich zu sagen: „Ich tat alles, was mir das Beste schien, für das Wohl dieses Landes!“

Kriege und krachende Börsen,
Panzerwagen und Tränengas,
Maschinengewehre und elektrische Stühle,
Streiks und Verhungern,
Ungeziefer, Typhus und Cholera —
bestes Wetter für das Wachstum des Hauses Morgan.

Kleines Feuilleton

Alkohol aus Holz

Ein neues, mit dem von Bergius erfundenen in Wettbewerb tretendes Verfahren zur Verwertung von Sägespänen wird jetzt in Epsom durchgeführt. Die in Bleikisten gepackten Späne werden von Wasserdampf durchströmt, der mit 2 Prozent Schwefelsäure angeäuert wurde, wobei die Temperatur 180 C. d. der Druck 12 Atmosphären beträgt. Dabei wird die Zellulose in vergärfähigen Zucker umgewandelt, so daß man schließlich aus einer Tonne der Sägespäne 135 bis 160 Liter Spiritus gewinnt.

Rundfunk privat

Die Hörer, die kürzlich der Uebertragung eines Konzerts aus Straßburg lauschten, waren nicht wenig überrascht, als der Vortrag durch eine Privatmeldung unterbrochen wurde. Frau Claire Franconay war mit anderen Pariser Künstlern für das Konzert verpflichtet worden, das der Straßburger Sender übertrug. Als sie ihren Gesangsvortrag beendet hatte, bat sie der Vertreter des Straßburger Senders, ein paar Worte ins Mikrofon zu sprechen. Die Sängerin kam diesem Wunsch gern nach und hielt eine kleine Ansprache. Dabei fiel ihr plötzlich ein, daß sie ganz vergessen hatte, ihrem Mann die Stunde ihrer Ankunft in Paris telegraphisch mitzuteilen. Da sie wußte, daß ihr Mann in Paris ihren Vortrag hörte, unterbrach sie ihre Rede mit der kurzen Mitteilung: „Morgen um 5.30 Uhr Gare de Lyon“.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

33. Fortsetzung.

Unleugbar: sie ist schön, — Herr Fish kann nicht umhin, es sich aufs neue zu gestehen. Nur hat ihre Schönheit wenig Menschliches, sie erinnert mehr an eine Wachsfigur von außerordentlich kunstvoller Beschaffenheit. Ihre Augen sind von unwahrscheinlich langen Wimpern beschattet, die Brauen zeichnen sich wie von feinstem Pinselstrich gezogen über die Stirn. Ihr Mund von brennendem Rot und sorgfältigster Zeichnung enthält Zähne, die jedem Reklamezeichner zum Modell dienen können. Ihre Haut, in allen Schönheitssalons der Welt gewaschen, ist von fleckenloser Reinheit. Die Haare schmiegen sich in duftenden Wellen an den Kopf. An den feingedrehten Händen ist jeder einzelne Fingerring ein glänzendes Kunstwerk.

Während sie tanzt, umgibt ihr Kleid die leichte Gestalt aufs raffinierteste und einfachste wie eine gewichtige Wolke.

Herr Fish hörte sie lachen. Er versucht sich einen Weg zu ihr zu bahnen, das ist nicht leicht. Die Tanzenden halten ihn immer wieder auf, und gerade, als er in ihre Nähe gekommen ist, fühlt er Hände auf seinen Schultern, Hände, die tüchtig zupacken, die ihn weiterzerren, ganz weit weg von Marjorie.

All das geschieht so schnell, daß Herr Fish erst Zeit hat aufzublicken, als man ihn auf einen Sessel gezwungen hat. Er sitzt an einem Eckstisch, zwischen zwei stiernackigen Frem-

den, die ihm jetzt freundlich-derb mit lautem „Hallo, Kamerad!“ zunicken.

„Kein übler Spaß, daß wir uns nach so vielen Jahren wiedertreffen.“ Diese Worte werden von einem derben Schlag auf Herrn Fishs Schultern begleitet.

Zum Teufel auch, ich heiße nicht mehr Fish, wenn ich diese Visagen je im Leben gesehen habe, denkt Herr Fish, aber sein Versuch, sich von den freundlichen Unbekannten loszumachen, mißlingt.

„Inkey-dinkey parleh wuh!“ krähen sie jetzt, „es war doch mordsgemütlich dort drüben in Frankreich zwischen den schönen Mademoiselles.“

„Du hast dich aber gar nicht verändert, Kamerad, machst genau so ein dämliches Gesicht wie damals, als wir bei Calais lagen. Wie hieß nur das Dorf und dein Mädchen, — es war doch eine Mademoiselle Blanche oder Yvonne?“

Herr Fish zwingt sich zur Ruhe. Er merkt, er sitzt in einer Falle, und nichts bleibt ihm übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Er kratzt vergeblich in seinem Gedächtnis, die Leute bleiben ihm fremd. Nur über die Kraft ihrer Muskeln gibt er sich keinen Illusionen hin.

Seine Hand befühlt vorsichtig die Brusttasche: ja, das Briefpaket ist noch da. Aber

*) Amerikanisches Soldatenkauerwelsch.

er sagt sich, er müsse beide Augen offen halten, schlaue sein und so tun, als ob er sich an der Nase herumführen ließe, als ob er ihnen wirklich glaube, diesen „Kameraden“. So sieht ihr aus, ihr Lieben, ihr Schützengrabenhelden! Vielleicht habt ihr Alkohol geschmeckt oder für gutes Geld Menschen niedergeschlagen! Solche Heldentaten trave ich euch schon zu, ihr vollgemästeten Schweine. Ihr habt gute Muskeln und gute Nerven, viel zu gute, als daß ihr mich aufdrehen könntet, ihr seid Kriegskameraden. Zum Teufel auch, wenn man euch sieht, merkt man, wieviel Schaden an einem da drüben angerichtet wurde. Nun gut, gehen wir auf euren alten Trick ein.

Herr Fish beginnt nun auch mit lärmender Fröhlichkeit Wiedersehensfreude zu mimen. „Inkey-dinkey, parleh-wuh“, das macht Freude, wieder die alten Töne zu hören. Ich habe eure schiefen Kartoffelmasen nicht gleich erkannt. Der Mensch sieht anders aus, wenn man ihn aus der Uniform schält. Ja, an die Mademoiselle, an die denkt man noch gern.“ Die beiden beobachteten Herrn Fish mißtrauisch.

„Tja, war eine tolle Zeit.“
„Schade, daß man hier nichts Richtiges trinken kann, man müßte ordentlich Wiedersehen feiern.“

Herr Fishs Mut scheint zurückzukehren. Hehe, man muß Verstand haben, Muskeln allein genügen nicht. Ich werde es schon mit euch aufnehmen.

„Wenn wir richtig feiern wollen, wüßte ich ein Lokal dafür; man schenkt da einen echten alten Schotten aus, wie man ihn nicht besser in London bekommt. Ich schlage vor, kehren wir diesem langweiligen Tanzboden den Rücken.“

Nein, nein, meine Lieben, mit einem Dummkopf habt ihr es nicht zu tun.

„Kann leider nicht weg von hier, habe eine wichtige Verabredung.“

Ihr werdet mich von hier nicht weglotsen, ich werde euch schon los werden, aber ich bleibe hier.

In diesem Augenblick tanzt Marjorie dicht an dem Tisch der drei vorbei.

Herr Fish fühlt sich wieder wie in einer Falle, denn als er aufspringen und auf Marjorie zueilen will, klemmen ihn die beiden mit einer Gewalt an die Tischkante, daß ihm Hören und Sehen vergeht. Ihre Rücken bilden jetzt eine Wand, die ihn vor Marjories Augen verdeckt.

Aber Marjorie hat Herrn Fish trotzdem einen flüchtigen Moment lang gesehen, allerdings war dieser Moment so flüchtig, daß ihr Zweifel aufstiegen. Denn nun durchsucht sie vergeblich den Raum nach ihm.

„Glauben Sie an Erscheinungen?“ fragt sie ihren Tänzer.

„Ich glaube an schöne weibliche Erscheinungen, wenn ich sie im Arm halte“, sagt der unglückliche Herr Fish.

„Ach, Junge, ihr lernt wenig Geist an euren Universitäten.“

„Den brauchen wir ja auch Gott sei Dank nicht.“

„Bobby, haben Sie sie gesehen? Dort drüben tanzt Dorothy Prince mit dem hübschen blonden jungen Mann. Eigentlich ist es skandalös.“

„Warum denn? Ich finde, sie ist ein nettes Mädchen. Wie sollte auch eine sechzehnjährige Fünfzig-Millionen-Dollar-Erbin nicht reizend sein? Beim nächsten Tanz fordere ich sie bestimmt auf, da Sie, Marjorie, heute ja doch heiraten.“

„Fünfzig Millionen Dollar hat dieser Backfisch! Ich komme mir wirklich wie eine Bettlerin neben ihr vor. Aber wie die Leute zu ihrem Vermögen gekommen sind, darf man nicht untersuchen. Auf den Tabakplantagen Princes soll noch heute echtes Sklaventum herrschen.“

„Liebe Marjorie, wir sollten überhaupt den Ursprung unserer Vermögen nicht so genau prüfen. Es ist ja auch im Grunde unwichtig.“

Frankfurt a. M.

Man darf es nicht vor keuschen Ohren nennen. Frau Dr. Landé hielt kürzlich einen Vortrag über die Not der ledigen Frau, der alle Ganz-, Halb- und Dreiviertelarier in ihren heiligsten Gefühlen erregte. Nach den Ermittlungen des Stadtgesundheitsamtes waren die Ausführungen der Frau Dr. Landé durchaus salonfähig. Dennoch wird sie in einer Erklärung des Aeltestenausschusses gerüffelt. Der Aeltestenausschuß fordert Zurückhaltung; er bedauert den Vortrag. Er ersucht den Magistrat, Maßnahmen zu treffen. — Ein beamteteter Arzt kann bald keine aufklärenden Vorträge mehr halten, ohne seine materielle Existenz aufs Spiel zu setzen.

SAZ — Ausgabe D — Frankfurt 1
Naziblamage. Die arbeitslosen Proleten von Frankfurt a. M.-Bockenheim hatten am 26. Januar Gelegenheit, im Gasthof „Zum Lindenhof“ einen nationalsozialistischen Schaumschläger gratis zu hören. 150 Arbeitslose — davon zwei Drittel SPD-, SAP- und KPD-Proleten — waren erschienen. Was der Nazi zusammenschwatze, war die Rede eines Unwissenden für Dumme. Der Industrielle macht nach der Auffassung des Nazireferenten keinen Profit. Er beutet also nicht aus. Erst der verdammte Handelsjude macht Profite. Er hält die Preise mit Gewalt hoch und erzeugt so die Krise. Die Reparationslasten muß das deutsche Volk sich vom Halse schaffen. Darum eine schneidige Außenpolitik. Der Paragraph 218 muß bestehen bleiben, denn jede Abtreibung kommt einem Mord gleich. Und die Nazis sind gegen jeden Mord — wenn er nicht von ihnen begangen wird. Die Frau gehört ins Haus, denn wenn so ein Marxistentöter von der Proletenjaagd nach Hause kehrt, will er's gemütlich haben. Keine Macht der Welt soll dann seine treue, kralche Brunhilde abhalten, ihm den Skalp zu kraulen. Der Nazireferent hat den Arbeitslosen eine heitere Stunde bereitet. Die Nazis hatten vor Versammlungsbeginn eine Zeitung aufgelegt, auf der mit fetten Lettern gedruckt war: „Sie lügen! Sie lügen!“ Jedesmal, wenn der Naziprophet einen gar zu großen Kohl verzapfte, flogen 100 Hände mit 100 Zeitungen in die Höhe, und der Referent las: „Sie lügen! Sie lügen!“ Die anwesenden Nazis waren über alle Maßen brav. In der Debatte leuchteten der Genosse Breckelmer von der SAP und ein KPD-Genosse dem Nazi heim. Dann sangen die sozialistischen Arbeitslosen die Internationale und ließen die Nazis unter sich.

Erneute Kürzung der Fürsorgesätze. Wie eine hiesige Zeitung meldet, verlangt der Wiesbadener Regierungspräsident vom hiesigen Magistrat eine weitere Kürzung der Fürsorgesätze. Der Magistrat hatte das abgelehnt. Es ist damit zu rechnen, daß das Reich die Gewährung weiterer Reichsmittel von der Kürzung der Fürsorgesätze abhängig macht.

Henkelheim-Gießen

Von der eisernen Lügenfront. Am Dienstag hatte die SPD ihre „Getreuen“ zu einer Gründungsversammlung der Eisernen Front geladen. Unsere Mitglieder, obwohl nicht geladen, wußten sich trotzdem Zutritt zu verschaffen und konnten so Zeuge einer beispiellosen Verdummungsaktion sein. Die schillernde Rhetorik des Redners verbergte nicht die innere Hohlheit seiner Ausführungen, die sich im wesentlichen nicht um das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse, sondern um — den „deutschen Menschen“ drehten. Seinen allgemeinen Redensarten über Demokratie und Republik schloß sich dann noch die Behandlung eines Zitats aus dem Artikel unseres Genossen Kurt Rosenfeld in der „SWZ“ vom 30. 12. 31 an, die typisch für das Verhalten der SPD-Bürokratie in unseren Tagen ist und so recht deren Verlogenheit und Demagogie in ein grelles Licht rückt. Parteisekretär W. Knothe aus Wetzlar suchte nämlich zu beweisen, daß Kurt Rosenfeld aus einem Saulus bereits wieder ein Paulus geworden sei, auf deutsch: daß er die Politik der SPD für vollkommen richtig halte! Ein Gipfelpunkt politischer Infamie und Verleumdung! Wir fragen uns nur: Wie kann man den Proleten solche Lügen vorsetzen? Und wir können nicht annehmen, daß es aus Dummheit geschieht. Unsere Aufgabe wird es sein, in intensivster Arbeit das Proletariat zu revolutionieren, um dadurch den Weg zu bahnen für den gigantischen Aufmarsch der roten Einheitsfront.

Heidelberg

Ein „unparteiischer“ Parteisekretär. Am Sonntag fand die Generalversammlung der Freien Turnerschaft statt. Bei der Vorstandswahl hatte der bisherige 1. Vorsitzende März (SPD) seine Wiederwahl abgelehnt. Die SPD schlug drei ihrer Mitglieder zur Wahlkommission vor, welche angenommen wurden, darunter Parteisekretär A m a n n, der sonst noch nie erschienen war. Die Vereinstecher, die sich aus allen Parteien zusammensetzten, brachten einen Wahlvorschlag ein, über den Parteisekretär Amann nicht abstimmen ließ, mit der Begründung, er sei parteiisch. Er legte unter allgemeinem Protest seinen Wahlkommissionsvorsitz nieder, und seine beiden Getreuen folgten. Bei der späteren Wahl wurden gewählt: 1. Vorsitzender März (SPD), 2. Vorsitzender Heilig (SAP), Kassierer Pfeifer (SAP) und Schriftführerin E. Reichel.

Bruchhof (Palz)

Die Seydewitz-Versammlung in Bechhofen hat auch unserer Ortsgruppe neuen Antrieb gebracht, wir befinden uns andauernd im Vormarsch, der durch die unermüdete Ar-

Eiserne Kämpfer der „Eisernen Front“

Der Vormarsch der SAP im Reich hat die einzelnen SPD-Organisationen und neuerdings vor allem die sozialdemokratischen „Angestellten der Gewerkschaften im Westen in einen verzweifelten Abwehrkampf gebracht. Nachdem man zuerst versucht hatte, mit der Taktik des Totschweigens die „Spalter“ zu bekämpfen, geht man jetzt zum offenen Kampf über. Es vergeht keine Parteikonferenz oder Parteiversammlung der SPD, in der nicht die SAP herhalten muß; aber es vergeht auch keine Gewerkschaftskonferenz mehr, in der nicht eine Attacke gegen die „Spalter“ geritten wird. Dabei muß aber immer festgestellt werden, daß die beabsichtigte Wirkung jedesmal ins Gegenteil verfällt. Es ist das eben die Tragik der „Eisernen Frontkämpfer“. Einiges aus ihrem eisernen Kampf in Bochum soll an dieser Stelle einmal zum Besten gegeben werden.

In einer Sitzung des Ortsausschusses Bochum des ADGB erklärte der angestellte Kassierer des EMV, Ostwald, einem alten Genossen, der sein ganzes Leben bisher in der SPD gekämpft hatte: „Dein Mitgliedsbuch in der SPD war ja nur Makulatur“. Ostwald war vor einigen Jahren noch Mitglied der KPD; er ist seinerzeit zur SPD übergetreten, kurz bevor er den „Posten“ bekam.

„Geschäft ist eben Geschäft!“ Jeder ist sich selbst der Nächste, erklärte der Berichterstatter des „Volksblatt“, Graumann, vor

einiger Zeit einem Freunde. Er hatte auf einem Kursus des Fabrikarbeiterverbandes sein Talent entdeckt. Seit jener Zeit war kein Genosse mehr vor ihm sicher, den er nicht anging, ihm „doch Sachen für die Zeitung zu geben“. Er müsse doch auf sich aufmerksam machen, damit er bald eine Stelle bekomme. Im übrigen beurteilte er die Politik nur „von der hohen Warte“ aus. Kürzlich traf er bei einer Abonnentenwerbung für das „Volksblatt“ eine treffende Feststellung. In einer Familie (ausgerechnet ein Zentrumsmittglied) versuchte er mit allen schönen Redensarten sein „Volksblatt“ abzusetzen. Nachdem sich die Frau nicht überreden ließ und erklärte, daß sie mit der Zeitung genug habe, erwiderte er wörtlich: „das Volksblatt sei ja keine politische Zeitung, sie solle sie doch nehmen, wenn auch nur für 14 Tage (vielleicht wegen der 2 Mark Werberprämie?). Auch bürgerlichen Zeitungen bot er seine Dienste an. Graumanns Wut richtet sich z. Z. besonders gegen den Zahlstellenleiter des Bergbauindustriearbeiterverbandes in Bochum-Dahlhausen. Letzterer ist u. a. Mitglied der Kontrollkommission des Erwerbslosenmittags-tisches der freien Gewerkschaften. Vermutlich drängt Graumann nach solchem Posten. Aus diesem Grunde versuchte er immer wieder, seine SPD-Genossen gegen unsern Genossen Gro. aufzuheizen. Am 18. d. M. verweigerte man Gro. die Blücher und Unterlagen. Von einem SAP-Mann ließen sie sich nicht kontrollieren, äußerten die Herrschaften. Gro. beantragte

daraufhin eine Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre, die ihn mit der Kontrolle beauftragt hatten. Da sich in der fraglichen Sitzung die Mehrheit hinter unseren Genossen stellte, erklärte der angestellte Vorsitzende des ADGB, Schumann, daß er es trotz aller vorgebrachten Gründe ablehnen müsse, die Kontrolle des Erwerbslosenmittags-tisches weiter durch ein Mitglied der SAP ausüben zu lassen. Das Geld werde von den Gewerkschafts-angestellten gesammelt, dies ist ein Mitglied der SPD sein. Sie könnten daher die Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder nur sozialdemokratischen Gewerkschaftsmittgliedern anvertrauen. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß sich Genosse Gro. nichts hatte zuschulden kommen lassen. Die Auffassung Schumanns, daß nur SPD-Mitglieder vollwertige Gewerkschaftler sind, klingt zwar phantastisch, ist aber tatsächlich zum Ausdruck gebracht worden. Welche Gedankenverwirrung wird die „Eiserne Front“ noch anrichten? Zum Beitragzahlen sind die SAP-Genossen noch gut, aber im übrigen... Schumann ging in der fraglichen Sitzung sogar so weit und drohte, die Mittel für die Küche zu entziehen. Wie wir schon feststellten, ist das alles die Tragik des „Eisernen Kampfes“ der „Eisernen Frontkämpfer“. Uns hält das nicht auf, sondern immer lauter muß unser Ruf in den Arbeitermassen erschallen: „Für die Einheitsfront aller Proletarier, über die Partei die Klasse!“

beit unseres Unterbezirksleiters, Genossen Kühn, verstärkt vorwärts getrieben wird. Die Mehrzahl der Arbeiterschaft in unserer Gegend ist auf unserer Seite, und es werden in nächster Zeit noch verschiedene Ortsgruppen gegründet werden können. Einen Ueberblick soll die Unterbezirkskonferenz geben, die am 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, bei uns stattfinden soll.

Bechhofen (Palz)

Unsere öffentliche Versammlung mit dem Genossen Seydewitz ist für unsere Ortsgruppe der SAP ein voller Erfolg geworden. Neben anderen Mitgliedern der SPD sind der Vorsitzende und der Kassierer der hiesigen SPD-Ortsgruppe zu uns übergetreten. Die SPD-Ortsgruppe hat sich aufgelöst und wir erwarten, daß alle SPD-Genossen zu uns übertreten werden. Der Abonnentenstand der „SWZ“ konnte von 7 auf 19 erhöht werden, der Abonnentenstand der „SAZ“ von 9 auf 15. Uebergetreten ist auch der Vorsitzende der Metallarbeiter. Der Uebertritt verschiedener Bezirks- und Gemeindevertreter ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Dulsburg

Erfolg unserer Gewerkschaftsarbeit. Hier fand am Sonntag die Jahreshauptversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Dulsburg-Hamborn, statt. In einer sehr bewegten Debatte konnte der Vorsitzende Steinhoff, ein Anhänger der „eisernen Front“ und fanatischer Bejager der SPD-Parteidiktatur, sich nicht mehr durchsetzen. Er machte den bekannten Eindruck des Greises auf dem Dache, der sich nicht zu helfen wußte. So mußte es ihm passieren, daß die Mitglieder einen Antrag annahmen, den unser Genosse Karl Harzig einbrachte, der besagte, der Verweigerung sei es nicht gestattet, als Verwaltung der „eisernen Front“ anzugehören, an ihrer Stelle sei die Bildung der roten Klassenfront anzustreben. (Und Steinhoff war doch so begeistert von der „eisernen Front“, daß er sogar einen Funktionär seiner Funktion als Beitragskassierer entthob, weil der sich weigerte, den Beschluß der Gewerkschaftsvorstandskonferenz durchzuführen, Kollegen für die „eisernen Front“ zu inzerrieren! Der gemäßigtere Kollege hatte diese Funktion 11 Jahre ausgeübt.) Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes mit kleinen Änderungen. Dies wäre nicht geschehen, wenn die kommunistischen Kollegen sich taktisch klüger verhalten hätten. Erstens kein langes politisches Referat, sondern sachlich zu den örtlichen Vorgängen Stellung nehmen, und zweitens Ausschlußanträge nicht zu frühzeitig stellen. Damit ist viel zerschlagen worden. Bemerkenswert ist, daß die drei politischen Gruppen sich die Waage halten. Die größte Zahl der Mitglieder ist politisch indifferent. Diese heißt es, für uns zu gewinnen. Unser Genosse Marten hatte bei seiner Kritik ungeteilte Aufmerksamkeit. Er konnte den Vorsitzenden Steinhoff zweimal der Unwahrheit überführen, welchen Vorwurf der Vorsitzende auf sich sitzen lassen mußte. — Wir als SAP-Gruppe haben unsere Arbeit begonnen. Der erste Erfolg, der Annahme des Antrages, ist nicht zu unterschätzen. Unsere Arbeit wird eine andere sein, als die der Kommunisten. Nicht nur Demonstrationen, sondern Tatsachen, die die Mitgliedschaft begreift, werden unsere Argumente sein, mit denen wir die Massen aufzurütteln werden aus dem Schlaf, in den sie durch die SPD-Politik mit ihrer Wirtschaftsdemokratie und dem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus gesungen worden sind.

Solingen

Einheitsfrontspielerei nennt die Sozialdemokratie das Bestreben der Solinger Ortsgruppen der SAP und der KPD-O, die Arbeiter zur Abwehr der drohenden faschistischen Ge-

fahr zusammenzufassen. Nichts kann den Charakter der hiesigen SPD besser kennzeichnen als ihre Argumente, mit denen sie das ehrliche und aufrichtige Vorgehen der verschiedenen proletarischen Organisationen zum Zweck der Bildung einer Einheitsfront abzutun versucht. Die Reihen der SPD haben sich merklich gelichtet, deshalb hält man die Zeit für gekommen, radikalere Töne anzuschlagen von Schutz der Verfassung und der Demokratie, zu deren Beseitigung man den versteckten Faschisten hilfreich die Hand geboten hat. „Die Eiserne Front ist die Einheitsfront“, verkündet das „Volksblatt“. Die Eiserne Front, um die man sich bei Christen und Hirschen vergeblich bemüht hat, wagt noch, die klassenbewußte Arbeiterschaft zu beschimpfen und zu beschmutzen. Wie sieht es übrigens mit dieser sagenhaften Eisernen Front in Solingen aus? Gut gezählt, steht hinter dieser Front höchstens der vierte Teil der Arbeiterschaft, ein schließlich derer, die sich einstmals auch als Proletarier bezeichneten. Großzügig, wie man nun einmal ist, glaubt man alle Mitglieder der Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen zum Bestande der „Eisernen“ rechnen zu können. Warum diese Täuschung? Damit die Schwäche der SPD von Außenstehenden nicht bemerkt werden soll. Der größte Teil der organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften und Sportvereinen denkt nicht daran, die SPD in ihrer Reklamesucht zu unterstützen. Nicht in den Spitzenleitungen, sondern in der Mitgliedschaft verkörpert sich die Kraft, die einzig und allein imstande ist, den Faschismus zu schlagen. Und dieser Teil der Arbeiterschaft denkt und handelt wesentlich anders, als die Sozialdemokratie der Öffentlichkeit glaubhaft machen will. Das beweist die wachsende Zahl proletarischer Organisationen, die der Einladung zur Bildung antifaschistischer Kartelle folgen. Mit dem Bruchteil, der sich zur Eisernen Front bekennt, wird man dem Faschismus nicht ernsthaft entgegengetreten können. Das wissen auch die Macher am Sauerbrey und Kirchs nur zu gut. Und darauf kommt es ihnen auch nicht an. Der Zweck, den sie zu erreichen hoffen, ist, Teile des Proletariats zu partei egoistischen Zwecken auszunutzen. Darin besteht zwischen SPD und KPD eine Einheitsfront. Dem größten Teile der Arbeiterschaft steht aber heute schon die Klasse höher als die Partei. Und dies läßt die Hoffnung zu, daß das Proletariat über die einengenden Schranken des Parteiapparates hinweg den Weg findet zur Abwehr der kapitalistischen Diktatur, gegen den Faschismus und für die proletarische Diktatur. „Die überparteiliche Abwehrfront kann nur als ein Hindernis betrachtet werden“, schließt das „Volksblatt“. Jawohl, die überparteiliche Abwehrfront wird euch hindern, weiter mit den Stützen des Faschismus zu paktieren, wird euch hindern, weiteren Lohnabbau und vermehrtes Elend zu tolerieren. Die Einheitsfront aller Arbeitenden wird gemeinsam mit den sozialdemokratischen Klassengenossen auch das Handwerk legen, wird den Kapitalismus niederringen, dem ihr schützend und heifend zur Seite steht!

Der Bürgermeister verfügt Amtsenthebung eines Betriebsrates. Die Arbeiterschaft hat schon Gelegenheit genug gehabt, den Bürgermeister Brisch von verschiedenen Seiten kennen zu lernen. Ein Teil seiner Tugenden war schon allgemein bekannt. Zu seinem an die städtischen Arbeiter gerichteten Verbot, den 1. Mai als proletarischer Feiertag zu begehen, seine selbstherrlichen Verordnungen und Erlasse, deren Auswirkung die Wohlfahrtsverwundeten und Unterstützungsempfänger über Gebühr empfunden haben, kommt nun das Vorgehen gegen den Betriebsrat der Straßenbahn. Durch eine amtliche Mitteilung erfährt die Öffentlichkeit, daß trotz des zehnprozentigen Lohnabbaues die „augenblicklichen Löhne der städtischen Arbeiter noch um 25 und mehr Prozent zu hoch sind“. Hier muß natürlich weiter abgebaut werden; denn er, der Bürgermeister, darf auch nicht eine Möglichkeit, die ihm die Notverordnungen bieten, ungenutzt lassen. Dafür hat er als Sozialdemokrat die Verpflichtung, das Interesse des Staa-

tes und seiner kapitalistischen Beherrscher über das seiner ehemaligen Klassengenossen zu stellen. Wer sich dagegen auflehnt, der fliegt. Auch der Betriebsrat hat nichts anderes getan, als gegen den dauernden Lohnabbau zu protestieren. Er hat das Verbrechen begangen, auch nach Ablehnung des Streiks durch die Belegschaft, den Betriebsfrieden durch weitere Streikpropaganda zu untergraben versucht. Nach Ansicht dieses Mannes muß also der Arbeiter alles geduldig über sich ergehen lassen. Wer es von den städtischen Arbeitern wagen sollte, eine Besserung seiner Lebenslage zu erstreben, wird von dem früheren Freigewerkschaftler Brisch — lang, lang ist es her! — belächelt, daß dies nicht in den Rahmen der Notverordnung paßt und auch mit den gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften nicht zu vereinbaren ist. — Was sagen die sozialdemokratischen städtischen Arbeiter dazu? Wollen auch sie alles, was man ihnen zu bieten wagt, tolerieren? Oder ist nicht ihr Platz in den Reihen der kampfbereiten Arbeiterschaft, die mit dem ganzen Pflunder von Notverordnungen ein Ende machen wird?

So sieht die 10prozentige Mietaenkung aus! Als Ohligs noch eine selbständige Stadt war, hatte man bei der Zuteilung der Hauszinssteuer vorwiegend nur private Bauunternehmer bedacht. So wurde zwar gebaut, aber nicht nur, um die Wohnungsnot zu beheben, sondern um auf Kosten der Allgemeinheit verdienen zu können. Diese Zeit hat ein privater Unternehmer, der neben der Stadt der größte Hausbesitzer des Stadtteils Ohligs ist, gut für sich ausgenutzt. Eine ansehnliche Zahl Häusergruppen nennt er sein Eigentum. Der Volksmund sagt dazu: er hat es verstanden. Daß er „es verstanden“ hat, beweist folgendes, den Mietern zugesandtes Schreiben: „Auf Grund der Bestimmungen der 4. Notverordnung teile ich Ihnen mit, daß eine Herabsetzung Ihrer Miete nicht eintreten kann. Sollten sich noch Änderungen irgend welcher Art ergeben, so wird Ihnen dieses bei der nächsten Mietzahlung mitgeteilt.“ Was brauchen sich auch solche Leute um Notverordnungen zu scheren? Die sind doch nur zur reibungslosen Durchführung des Lohnabbaues notwendig. Der Solinger Spar-Bauverein hat die durch die Zinsverbilligung gemachten Ersparnisse zur dreiprozentigen Mietaenkung verwandt. Die Nutzungsgebühren sollen um zehn Prozent gesenkt werden.

Köln

In Poll, einem kleinen Vorort von Köln, fand unsere erste öffentliche Versammlung statt. Genosse Amann sprach über „Der Weg der deutschen Arbeiterklasse“. Die Versammlung war insofern ein Erfolg, als es gelang, sich mit den Genossen der KPD sachlich auseinanderzusetzen. Mitglieder der SPD waren nicht anwesend. Für die KPD sprach Genosse Florin. Seine Ausführungen waren sachlich und ruhig. Es folgten noch einige Redner der KPD und SAP. Dann hielt Genosse Amann das Schlußwort. Er schilderte, wie wir uns die Einheitsfront vorstellen. Es muß betont werden, daß alle Anwesenden einverstanden waren, eine Abwehrfront zu bilden. Wenn alle Versuche wie dieser verlaufen eine mit Sachlichkeit und Ruhe herbeigeführte Aussprache herbeizuführen, so muß es doch gelingen, eine einigte Front herzustellen. Es sei noch hingewiesen auf das sonderbare Verhalten einzelner SPD-Genossen in Poll. Sie waren erst Feuer und Flamme mit uns und zogen sich dann ganz erbärmlich zurück. Poller SPD-Genossen, warum seid ihr so ängstlich? Was hat eure plötzliche Gesinnungsänderung veranlaßt? Wir wissen doch ganz genau, daß ihr mit uns denkt und fühlt! Oder ist eure Not nicht groß genug? Poller Genossen! Heraus aus dieser Partei, in die ihr nicht gehört und mutig die Trennung vollzogen. Hinein in unsere Reihen!

Organisationsnachrichten

SAP Frankfurt a. M. - Fechenheim. Samstag, 30. Januar. 20 Uhr, spricht Gen. Steiner in öffentl. Versammlung in Turnheim.

Sportschau der SAZ

Keine Illusionen! Ein Wort zum Magdeburger Hallensportfest

Der Sportverein Fichte-Magdeburg hat am vergangenen Sonntag ein Hallensportfest veranstaltet. Der Führung der Magdeburger Arbeitersportler ist der schwere Vorwurf zu machen, daß sie durch ihre Mithilfe, diese Veranstaltung zu einer Veranstaltung der „eisernen Front“ zu machen, der Arbeitersportbewegung und dem Proletariat einen schlechten Dienst erwiesen hat. Was die Führung der deutschen Arbeitersportbewegung jetzt tut — dieses „Anpassen“ ihrer Stellung und Haltung an die der SPD —, ist im Grunde nichts anderes als das, was die Kommunistische Partei mit der Spaltung der Arbeiter-Sportbewegung bezweckte und was sie auch in ihrem Sinne erfolgreich durchgeführt hat. Die „Einheit der Arbeiterbewegung“ — die jetzt so ungeheuer notwendig ist — kann nicht aufgebaut werden auf der Grundlage nur einer Partei — weder der SPD oder der KPD —, es müssen überparteiliche Organisationen geschaffen werden, und eine solche Organisation kann und muß der Arbeiter-Turn- und Sportbund sein.

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, die Arbeitersportler ständen hinter der „eisernen Front“. Wer die Arbeitersportorganisationen, das Leben in den Vereinen kennt, weiß, daß man durchaus nicht mehr mit der SPD einverstanden ist. Die Arbeitersportler sind nicht deshalb in der proletarischen Arbeiterbewegung, um eine Regierung Brünung zu tolerieren! Der Weg, den die Sportführer vorangehen, führt die Organisation auf einen toten Punkt, und das ist nicht weniger schlimm, viele brave Genossen wandern resigniert ins „Nur-sportlerium“ ab.

Illusionen muß das Proletariat vermeiden, wenn es kampffähig bleiben soll. Und daß diese „Eiserne Front“ eine einzige große Illusion ist, das wird die Zukunft beweisen.

Die sportlichen Ergebnisse des Sportfestes:
1500-m-Lauf: A-Klasse, A-Lauf: Steube (Helmstedt) 4:32,6 Min. B-Lauf: Wegner (Leipzig) 4:27,6 Min.
4-1 Runden: A-Klasse, ZA Magdeburg 13,7 Min.
1000-m-Lauf: B-Klasse, Preuß (ASC Berlin) 2:55,5 Min.

Hochsprung: Männer, Koch (Fr. Tschl. Benckenbeck) 1,69 m.

60-m-Lauf: B-Klasse, Damehl (Eintracht Neustadt) 7,3 Sek. A-Klasse, Harig 6,9 Sek.

Schnellstafette: 1. ZA Magdeburg 3:21,6 Min.; 2. ASC Berlin 3:25 Min.

20-2 Runden: A-Klasse, Fichte, Alte Neustadt, 11:17,2 Min.

Werbe-Schau-Training des ASC-Berlin

In allen Berliner Hallen wird eifrig trainiert für das große Berliner Hallensportfest am 28. Februar. Um allen Sportfreunden den Hallenbetrieb eines modernen Arbeiter-Sportvereins zu zeigen und um für die Bewegung zu werben, veranstaltet der ASC am morgigen Sonntagabend in der Turnhalle Weisestraße 20 in Neukölln ein öffentliches Werbe-Training.

Selbstverständlich können die Läufe z. B. nur den Raumverhältnissen entsprechend durchgeführt werden, aber trotzdem wird die Männerabteilung die moderne und zweckmäßige Laufschule auf der Halle sowie wertvolle Vorbereitungsübungen für Leichtathletik überhaupt zeigen. Besonders dürfte sich aus dem Programm die Zweckgymnastik hervorheben. Nebenher werden körperbildende Übungen an der Sprossenwand, mit dem Medizinball sowie Seilspringübungen usw. den großen Wert der Leibesübungen demonstrieren.

Die Frauenabteilung wird mit lustiger Gymnastik aufwarten. Im Rahmen des Programms finden dann noch Hindernisläufe, sowie Pendel- und Rundenstafetten statt. Vorher sieht man die Kinderabteilung in ihrem lustigsten und begeisternden Element.
Hallenöffnung 7 Uhr. Eintritt wird nicht erhoben.

Handball im Bezirk Magdeburg, Anhalt, Halle

Magdeburg: Freie Turnerschaft Langenweddingen — Hohendodeleben 4:0. Langenweddingen konnte verdient durch bessere Stürmerleistungen zu zwei Punkten kommen.

Harz: Schutzsport-Halberstadt gegen Bad Suderode 4:2.

Anhalt: Im Bezirk Anhalt gab es einige Überraschungen. Groß-Kiehnau schlägt Reichsbanner-Dessau 9:0. Jahn-Zerbst—Fichte-Roßlau 3:2.

Fußball:
Magdeburg: Fortuna-Barleben gegen Sportfreunde-Magdeburg. Die Sportfreunde waren gut im Gange und konnten ein gutes 1:1 erzielen.

Anhalt: Wacker-Förderstadt—Sturm 07-Magdeburg 3:3.

Arbeiterfußball am Kyffhäuser

Kelbra I—VfB. Nordhausen I 2:6 (0:1), Kelbra II—VfB. Nordhausen Jugend 0:5. — Kelbra weiltte auswärts und mußte sich der besseren Spielerfahrung des Gegners beugen.

Das beleidigte Gemeindeoberhaupt von Aue

im Kampf gegen Arbeiterschwimmer — Sportler für proletarische antifaschistische Einheitsfront

„Jeder Deutsche ist vor dem Gesetz gleich“, so steht's in der Verfassung, die ja — man behauptet's wenigstens — noch existieren soll und auf die zum mindesten die Beamten vereidigt werden. Da aber mancher Bürgermeister besondere Rechte hat, stimmt entweder die Verfassung nicht — oder der Bürgermeister von Aue ist kein Deutscher. Denn Folgendes hat sich ereignet:

Im Auer Stadtbad haben auch die Arbeiterschwimmer ihre Schwimmstunden. Es ist notwendig, daß während der Übungsstunden das Bassin nur den Schwimmern zur Verfügung steht, und dementsprechend hatte man bisher auch verfahren. Das ging solange gut, bis auch der Herr Bürgermeister Hoffmann sich einmal bewegen fühlte, das Schwimmbad aufzusuchen. Da nun aber die Schwimmer anfangen wollten mit ihrem Betrieb, wurde der Herr, Bürgermeister durch den Bademeister aufgefordert, das Bassin zu verlassen.

Das war, wie die Schwimmer nachher sozusagen am eigenen Leibe erfahren, eine Unhöflichkeit. Diese Zumutung mußte gesühnt werden. Also setzte Herr Hoffmann den Stadtrat zusammen, und der beschloß: der erste Schwimmwart erhält vom Gesamtrat für sechs Wochen einen Badverweis. Die Schwimmer solidarisierten sich selbstverständlich nun mit ihrem Schwimmwart, was wiederum nicht ungerochen bleiben konnte — und, da man so schön beim Verbieten war, wurde dem

Kleine Sportnachrichten

Freie Fallbootfahrer Br. III u. V.
Gruppe Nordsee: Donnerstag Wildenowstraße, Neuwahlen. — Gruppe Südsee: Donnerstag, Große Frankfurter Straße 16, Zimmer 5. Neuwahlen. — Gruppe Nordsee: Christburger Straße mit Schallplatte durch Oper und Operette.
Turn- und Sportverein Wilkan E. V.: Freitag, 29. Jan., 19.30 Uhr, in der Ende Generalversammlung. Tagesordnung: 1. An- und Abmeldung, 2. Berichte, 3. Jahresplan, 4. Anträge, 5. Steuerregelung, 6. Wahlen, 7. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Sachsen, 7. und 8. Bezirk

Wander- und Ferienheim am Yalzenberg bei Neukirch Lausitz. — Wanderauskunftsstelle: Alfred Richter, Zittau, Peschkestraße 92.

An alle Ortsgruppenleitungen! Das Wintersportfest wurde auf den Sonntag, den 14. Februar, verlegt. Wenn auch da keine günstige Schneelage ist, so wird es jeweils um eine Woche verschoben.

Veranstaltungen der Ortsgruppen

Neukirch Lausitz: 31. Januar nachm. nach Hilgersdorf. Treffen 13 Uhr im Naturfreundehaus. F. Gen. Pothig. Großbröhder: 31. Januar Wir treffen uns 14 Uhr an der Rodelbahn Grodman.
Kamen: 3. Februar. Filmabend im Gasthaus zum Löwen: „Nanok der Eskimo“. 17 Uhr Kindervorstellung. 20 Uhr Abendvorführung mit Musik und Beifilm. Eintritt im Erwachsenen 40 Pf., für Erwachsene 20 Pf. und für Kinder 15 Pf.
Beuten: 30. Januar: Ein Abend guter Laune (Lieder zur Laute und anderes). Leit.: Gen. Böhmig. 20 Uhr in der Klosterschenke.
Schiff: 29. Januar. Versammlung im Vereinslokal mit anschließender Aussprache über den Begriff „Freiheit“. Leit.: Gen. Heitner. — 31. Januar: Treffen am Steinbühl.
Kirschau: 31. Januar. Nw. Monchsvalder Berg. Rodelbahn. Treffen: 12 Uhr an Pauls Fabrik. F.: Gen. Max Zschuppe.

Zittau: Jugendgruppe: 29. Januar: Vorlesungen der Fahrlehrerberichte. — Wintersportaktion: 4. Februar: Meldeschluß für die Osterfahrt ins Riesengebirge.
Löbau: 27. Januar: Monatsversammlung, 20 Uhr im VL. — 31. Jan. Nach Vereinbarung in der Versammlung.
Hirschfeld-Reibersdorf: 29. Januar: Liederabend im Heim. — 31. Januar. Tw nach der Königsbähe (mit Schneeschuhe). Treffen: 5.15 Uhr beim Gen. Marzfeld.
Elbau-Waldort: 28. Januar: Lichtbildvortrag, 20 Uhr im VL. Die Kinder sind dazu eingeladen.
Oberorderwitz: 31. Januar: Nw. mit und ohne Brett nach dem Kottmar. Abgang: 13 Uhr beim Fahrer Martin Proft.
Neugersdorf: 31. Januar: Nw. nach dem Oderwitzer Spitzberg. Abg.: 13 Uhr von der Jugendherberge. Die Wintersportler fahren bei günstiger Schneelage um 14 Uhr von der Ziegelei ab, sonst mit der Ortsgruppe.
Laubitz: 27. Januar: Versammlung beim Gen. Proft.
Selthenerdorf: Jugendgruppe: 28. Januar: Diskussionsabend „Warum bin ich in der Naturfreundejugend?“, 20 Uhr beim Gen. Hohlheid. — Wintersportaktion: 31. Januar. Tw nach dem Wolfberg. Treffen: 7 Uhr an der Mantzbrücke. F.: Gen. Weise. — Achtung! Änderung: Die Wintersportversammlung findet schon am 8. Februar, 20 Uhr, im Kaffee Köhler statt.
Spitzkunersdorf: 28. Januar: Gruppenabend bei der Gen. Kern (neben der Turnhalle). Wanderungen werden in den Gruppenabenden beschlossen.
Zu allen Veranstaltungen der Ortsgruppen sind Gäste herzlich willkommen.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Bildungsoblateu Sonnabend, 30. Januar, 17 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34, Zusammenkunft.
Bezirksverband Berlin: Alle SAP-Genossen der AFA-Verbande treffen sich bei Schulz, Elisabethstr. 30, Nähe Alexanderplatz. Verbandsbücher mitbringen.
Ortsgruppe Charlottenburg: Freitag, 29. Januar, Vorstandssitzung bei Bartz.
Ortsgruppe Neukölln: Sonntag, 31. Januar, 10 Uhr, Funktionäerversammlung bei Lüffler, Weichsel-Ecke Ossastrasse.
Bezirksverband Berlin: Heute, 19. Uhr, im Lokal Behrend, Gipsstraße 3, Versammlung der im Gesamtverband organisiert Genossen der SAP. Verbandsbücher mitbringen.
Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Funktionäerversammlung, 30. Januar, 19 Uhr, im Lokal Richter, Schliemannstraße 39.

SJV

Heute, Freitag, 29. Januar, 19.30 Uhr

EBL-Sitzung: 20 Uhr, Sekretariat.
Baltplatz: Heim, Thierstraße 4. Tagespolitik.
Charlottenburg: „Karl Liebknecht“: Heim, Kaiserin-Augusta-Allee 97. Tagespolitik.
Frankfurter Allee I: Bernhard-Heim, Boxhagener Straße 22. Tagespolitik.
Friedrichshagen, „Rosa Luxemburg“: Heim, Gr. Frankfurter Straße 16. Tagespolitik.
Gesundbrunnen: Heim, Pank-Ecke Wiesenstraße, Zimmer Nr. 11. Tagespolitik.
Köpenick, „Roter Aufbau“: Heim, Grünauer Straße. Jeder referiert.
Mitte, „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstraße 19. Tagespolitik.
Neukölln I: Heim, Mahlower Straße. Tagespolitik.
Neukölln II: Heim, Mahlower Straße. Musik auf Schallplatten.
Neukölln III: Heim, Schule Hertzbergplatz. Auf der Anklagebank.
Neukölln IV, Britz: Heim, Chausseestr. 137. Tagespolitik.
Schönhauser Viertel, „Paul Levi“: Heim, Gleinst. Die Genossen haben das Wort!
Westen, „Lenin“: Heim, Genthiner Straße 17. Landtagwahlwohle.
Wedding: Heim, Seestr. 83, Baracke. SAP und Gewerkschaften.
Wilmsdorf: Heim, Wilhelmsau. Tagespolitik.
Die Roten Falken:
Mitte, „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstraße.
Schönhauser Viertel, „Paul Levi“: Heim, Sonnenburger Str.
Mittellagen der Bezirksleitung:
Die Abteilungen Friedrichshagen, Süd-Ost, Schöneweide, Westen, Zehlendorf und Wilmsdorf haben noch nicht die Karten für die LL-Gedenkfeier abgerechnet. Die angeführten Abteilungen müssen die Karten noch heute im Sekretariat abrechnen. Die Abrechnung für die „Pioniere“ muß heute auch noch erfolgen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Stichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. 1. Kupfergraben E 2 204.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2005.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeb. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,40 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,50 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Stichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H.“, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 925.

Volkshöhne
Theater o. Bülows
Dl. Norden 214

Freitag, 6 Uhr
Der Gefangene

Rose-Theater
Gotha Frankfurterstr. 132

Telefon: 57. Wochentag 3427
Freitag 8,15 Uhr,
Sonntag 6 u. 9 Uhr
Der Bettelstudent

Genossen

Beachtet

unsere

Inserate!

IHR VORTEIL

ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine

LEBENSVERSICHERUNG

abschließen. Niedrige Prämiensätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die

VOLKSFÜRSORGE

Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 57-61.



Auskunft erteilen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, a.d. Alster 57-61

Tüchtiger Chauffeur

mit sämtl. Führerscheinen sucht per sofort Stellung. Sicherer In- und Auslandsfahrer, gewissenhafter Wagenpfleger (Schlosser und Elektriker). Unbestritt, absolut ehrlich, fleißig und pünktlich. Angebote unter

„Chauffeur“
an die Stichel-Zeitungs-Verlagsges. m.b.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15 16

Das Kampfsignal

heute neu! Werbt Abonnenten!

Stärkt
den
Presse
Fonds

Anzeigen-Werber

gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.

Höchste Provisionen, sofort bares Geld!

Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 75“
Berlin SW 48

Lest den
Klassen-
kampf

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

monatlich . . . 2,40 RM. inkl. Bestellgeb.

wöchentlich . . 0,60 RM. inkl. Bestellgeb.

bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsbote der SAP, der Briefführer, oder schicke ihn an: Stichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

SAP Der tägliche Vormarsch

In Niederhafflau (Sachsen) hat in den letzten Tagen ein einziger Genosse 14 Neuaufnahmen für die Partei und mehrere Leser für die SAZ gebracht.

In Bechhofen (Pfalz) hat die Ortsgruppe der SPD sich selbst liquidiert. Der Vorsitzende, der Kassierer und eine Anzahl Genossen sind sofort zur SAP übergetreten; es ist zu erwarten, daß auch die anderen Genossen in Kürze den Weg zu ihren Klassengenossen finden werden. Ebenso ist dort der Vorsitzende der Metallarbeiter zu uns übergetreten. Der Abonnementstand der SWZ erhöhte sich von 7 auf 19, der Stand der SAZ von 9 auf 15.

Die Ortsgruppe Elsterberg (Vogtland) meldet immer weiteres Anwachsen der Bewegung; die Ortsgruppe ist auf 194 Mitglieder gestiegen.

Die Ortsgruppe Dresden-Altstadt meldet ein Anwachsen der Mitgliederzahl von 37 auf 95 Genossen. Dieses Ergebnis wurde erreicht ohne besondere Agitation, erst jetzt soll eine intensive Betriebs- und Straßenagitation einsetzen.

In Schweinsburg sind 19 Genossen der SPD zur SAP übergetreten, ebenso mehrere bisher parteilose Genossen. — Die SPD-Presse schreibt schamvoll von 3 (!) übergetretenen SPD-Genossen.

Das Schicksal der KPO

Wie die „Arpo“ berichtet, fand am Dienstag eine Großberliner Mitgliederversammlung der KPO statt, in der Thalheimer referierte. Rosi Wolfstein legte eine Resolution vor, die sich mit den Ausgeschlossenen (Paul Frölich, Jacob Walcher, Karl Frank, August Enderle usw.) solidarisiert. Sie griff überdies die Politik der KPO-Mehrheit scharf an. Obgleich die Mehrheit schwerstes Geschütz auf fuhr und auch den üblichen Trick anwandte: einen „Bekehrten“ aufmarschieren zu lassen, und trotz der Schlussworte vereinigte die Resolution der Minderheit ein Drittel der Stimmen auf sich: 50 stimmten dafür, 105 dagegen und 16 enthielten sich der Stimme.

Wir würden es begrüßen, wenn die Genossen der Minderheit nach der Behandlung, die sie erfahren, einsehen würden, daß der Platz für ein fruchtbares Wirken im Sinne der Politik, die sie fordern, heute nur in der SAP gegeben ist.

Pollzeiterror in Braunschweig

Braunschweig, 28. Januar.

„Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ wurde nunmehr eine Polizeinotverordnung erlassen, nach der das Stehenbleiben ohne ersichtlichen Grund, das müßige Auf- und Abgehen und jede Ansammlung von Personen auf Straßen, Wegen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten bei Strafe verboten ist.

Die Einäscherung des erschossenen Reichsbannermitgliedes findet am Donnerstag statt. Alle aus diesem Anlaß von den Gewerkschaften, von der SPD und dem Reichsbanner geplanten Kundgebungen sind wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verboten worden.

Sie rüsten zum Bürgerkrieg

Magdeburg, 28. Januar.

Bei einer am Mittwoch bei einem nationalsozialistischen Sturmführer in Magdeburg vorgenommenen Durchsuchung wurden ein Motormechaniker und ein in Neuhaldeleben wohnhafter Elektriker beim Erproben einer geheimen Fernmeldeanlage betroffen. Die Geräte, die eine vollständige Empfangs- und Sendefunkanlage darstellen, sind polizeilich sichergestellt. Gegen die Beteiligten wurde ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Gesetz über Fernmeldeanlagen eingeleitet.

Sozialdemokraten wollen Kommunisten der Klassenjustiz ausliefern

Hamburg, 28. Januar.

In der Mittwochsitzung der Bürgerschaft ereigneten sich zahlreiche Zwischenfälle. Besonders bei der Abstimmung über einen Antrag auf Aufhebung der Immunität zahlreicher kommunistischer Abgeordneter kam es zu einem großen Tumult. Die Sitzung wurde unterbrochen. Die Einstellung des Strafverfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten wurde mit 72 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen 70 Stimmen der übrigen Parteien bei zwei Stimmenthaltungen beschlossen.

Zwischen den Rädern der Staatsmaschine

Berlin, 28. Januar.

Die Justizpressestelle teilt mit: Im Zusammenhang mit den trotz polizeilichen Verbots durchgeführten Antikriegs-Demonstrationen der KPD am 1. August vorigen Jahres, in deren Verlauf der Polizeihauptwachmeister Fiebig durch einen Lungenschuß schwer verletzt worden ist, hat jetzt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen insgesamt zehn Personen erhoben.

Washington droht Japan

„Ernstliche Bedrohung des Weltfriedens“

TU. Washington, 28. Januar.

Wie verlautet, erwägen die hiesigen maßgebenden Stellen einen gemeinsamen amerikanischen-englischen Wirtschaftsboykott gegen Japan als ersten Schritt, um Japan bei seinem Vorgehen in China halt zu gebieten. Wie es heißt, will Stimson weiter Japan warnen und erklären, daß das Vorgehen Japans in Schanghai eine ernstliche Bedrohung des Weltfriedens darstelle.

TU. Washington, 28. Januar.

Staatssekretär Stimson nahm wegen eines Zusammengehens in Schanghai am Mittwoch Fühlung mit England und hatte eine längere Besprechung mit Sir Ronald Lindsay. Auch mit dem italienischen Botschafter hatte er eine Unterredung. Es fiel besonders auf, daß Stimson

keine Besprechung mit dem französischen Botschafter

hatte. Obwohl die Behörden versuchen, die Bedeutung der Vorfälle abzuschwächen, werden doch Erwägungen über einen gemeinsamen Wirtschaftsdruck und

eine Flottenkundgebung

angestellt. Die Meldungen, daß in Manila Vorbereitungen für die Abfahrt amerikanischer Kriegsschiffe nach Schanghai getroffen werden, finden keine Bestätigung.

Nach einer Rücksprache mit Präsident Hoover übersandte Stimson die gesamten Akten über die japanische Frage dem Senat. Diese Tatsache ist besonders bedeutungsvoll, da ein Wirtschaftsdruck nur vom Kongreß

verlangt werden kann. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Zeit des Notenwechsels vorüber ist.

Amerikanische Kreuzer unterwegs

TU. Schanghai, 27. Januar.

Die chinesische Regierung wurde am Mittwoch durch das amerikanische Generalkonsulat verständigt, daß die amerikanischen Kreuzer „Mac Cormik“ und „Houghton“ aus Manila nach Schanghai ausgelaufen sind, um die Interessen der amerikanischen Bevölkerung zu schützen.

Neues japanisches Ultimatum

Schanghai kapitulierte

Schanghai, 27. Januar.

Der japanische Konsul hat heute um 8 Uhr abends dem chinesischen Bürgermeister ein Ultimatum überreicht, das eine Beantwortung der japanischen Forderungen vom 18. Januar bis spätestens Donnerstag verlangt. Hier glaubt man, daß die Japaner nur durch die bedingungslose Annahme ihrer Forderungen zufriedenzustellen sein werden. — Die Behörden der Schanghaier Chinesenstadt haben beschlossen, das japanische Ultimatum anzunehmen. Sofort nach seinem Empfang haben sie dem Sicherheitsamt befohlen, die anti-japanischen Gesellschaften der Stadt aufzuheben.

Bombe gegen das japanische Konsulat

Schanghai, 28. Januar. (Reuter.)

Gegen das japanische Konsulat wurde heute früh eine Bombe geworfen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und nur ganz geringer Materialschaden angerichtet. Aber die bei den Einwohnern herrschende Nervosität ist durch den Vorfall noch gesteigert worden. Wie verlautet, hat der Gemeinderat der internationalen Niederlassung beschlossen, den Gefährzustand zu erklären. Brigade-General George Fleming wird den Oberbefehl über die internationalen Streitkräfte der Niederlassung übernehmen, nachdem der rangältere japanische Admiral auf sein Vorrecht verzichtet hat.

Der japanische Kreuzer „Yubari“ und zwölf japanische Zerstörer trafen bei Tagesanbruch hier ein und landeten 500 Seesoldaten. Man erwartet für heute nachmittags die Landung von weiteren 500 Seesoldaten, wodurch die japanischen Marinestreitkräfte in Schanghai eine Stärke von ungefähr 8000 Mann erreichen würden. Die internationale Niederlassung verfügt weiter über 2070 britische und 1200 amerikanische Seesoldaten sowie 1000 französische Kolonialsoldaten.

Schober wird abgeschoben

Regierungskrise in Oesterreich

In einem Ministerrat um 15.30 Uhr hat die Regierung Buresch ihren Gesamtrücktritt beschlossen. Der Bundeskanzler begab sich sofort zum Bundespräsidenten Niklas, der den Rücktritt des Gesamtkabinetts annahm und Dr. Buresch mit der Regierungsbildung beauftragte.

Die Gründe des Rücktritts dürften in den in der letzten Zeit von einem großen Teil der christlich-sozialen Presse geäußerten Wünschen nach einer Verstärkung der Regierung liegen. Dabei wurde wiederholt der Name Dr. Seipels genannt. Der Rücktritt ist das Ergebnis der Beratungen der Bundesparteileitung der christlich-sozialen Partei, die am Mittwoch begonnen hat.

Der Regierungsrücktritt kommt — von außen gesehen — ziemlich unvermittelt. Noch vor wenigen Tagen hat Buresch, von Genf zurückkommend, sein Regierungsprogramm entwickelt und hierbei sogar noch die Stabilität seiner Regierung gepriesen. Doch der Stachel saß dieser Regierung damals schon im Fleische. Buresch kam, wie schon so oft, auch diesmal wieder mit leeren Händen zurück und das dringendste, was Oesterreich in der gegenwärtigen Lage gebraucht, ist Kredit und wieder Kredit. Die Kassenschränke aber

wollen sich ungeachtet aller Alarmrufe nicht öffnen und insbesondere erweist sich Frankreich als ein unbarmherziger Kapitalverwalter. Es ist wohl auch kaum zu bezweifeln, daß Frankreich die Gründe für sein frostiges Nein nicht ganz verschwiegen hat. Der Außenminister des Kabinetts Buresch ist Schober, derselbe Schober, der seinerzeit mit Curtius das Projekt jener deutsch-österreichischen Zollunion ausgearbeitet hat, das den Franzosen so viel Bitternis bereitet und deswegen auch Briand in Ungnade fiel. Doch zu diesem Druck von außen gesellte sich der Druck von innen. Seipel, Oesterreichs „graue Eminenz“ witterte in der französischen Verstimmlung eine Chance, um die Stimmung zu seinen Gunsten zu verbessern und nun steht er als Anwärter für das österreichische Außenministerium vor den Toren. Jedenfalls wird das erste Ergebnis der Regierungskrise sein, daß Schober in der Versenkung verschwindet und daß auch Oesterreich in jene Staatenphalanx einschwenkt, die Frankreich mittels seiner Kredite im Osten und Südosten Europas aufrichtet. Darüber hinaus aber hat die Krise eine große innenpolitische Bedeutung. Nach Lage der Dinge kann zunächst nur eine Minderheitsregierung in Frage kommen, die wieder nichts anderes wäre als eine Vorstufe zu der offenen Diktatur, die Seipel unermüdlich hinstrebt.

Bauernsovjets in China

TU. Moskau (über Kowno), 28. Januar.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet, daß an der Grenze der Provinzen Wupei und Hunan eine neue chinesische Sowjetrepublik ausgerufen wurde. Die neue Republik hat sofort alle sowjetrussischen Gesetze, u. a. die über Nationalisierung des Privateigentums, eingeführt.

Nach einem sowjetamtlichen Bericht aus Schanghai befinden sich zur Zeit sechs Bezirke der Provinz Hunan, ein Bezirk der Provinz Hupeh und vier Bezirke der Provinz Schansi unter Sowjetverwaltung. In den Sowjetbezirken sind die größeren Güter enteignet und unter die Bauern verteilt worden, die von sämtlichen Steuern befreit sind.

Indien in Gärung

TU. Bombay, 28. Jan.

In Patna kam es am Donnerstag anläßlich der Feier des Unabhängigkeitstages zu schweren Zusammenstößen zwischen Kongreßanhängern und der Polizei. Die Menge bewarf die Polizei mit Steinen, die darauf mehrere Salven abgab. Zwei Personen wurden getötet und eine große Anzahl verletzt.

In Bombay fanden ebenfalls große Kundgebungen statt. Die Kongreßanhänger verbrannten große Stapel von ausländischen Kleidern. Dann stürmten sie eine Polizeistation und brannten sie nieder.

Siege der Aufständischen?

TU. New York, 28. Januar.

Wie aus Colon gemeldet wird, haben die Aufständischen, ermutigt durch neue aus Honduras eingetroffene Führer, den Regierungstruppen im Innern San Salvadors eine schwere Niederlage beigebracht. Heftige Kämpfe sind im Gange.

Rußlands Außenpolitik

Der Sekretär des Zentralkomitees und des Moskauer Komitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Kaganowitsch, erstattete gestern auf der Moskauer Parteikonferenz einen Bericht über den wirtschaftlichen Aufbau des Moskauer Gebietes. Dabei kam er auch auf außenpolitische Fragen zu sprechen. Er betonte, die Sowjetunion betreibe nach wie vor eine Friedenspolitik. Die Sowjetregierung gehe bei ihrer gesamten Außenpolitik von dem von Lenin vorgezeichneten Plan der Friedenspolitik und des sozialistischen Aufbaues aus. Die in letzter Zeit abgeschlossenen Nichtangriffspakte bewiesen, daß diese Friedenspolitik erfolgreich sei. Kaganowitsch behauptete dann, „imperialistische Cliquen“ verschiedener Länder versuchten, im Verein mit russischen Weißgardisten, die Sowjetunion im Fernen Osten, den sie in eine „Art Balkan“ zu verwandeln bestrebt seien, in einen Krieg hineinzuziehen. Die Antwort der Sowjetunion darauf sei der Vorschlag zu wirklicher Abrüstung gewesen. Die Friedenspolitik der Sowjetunion bedeute aber keineswegs, daß man nicht imperialistischen Angriffen den äußersten Widerstand entgegenzusetzen würde.

Spaniens „Eiserne Front“

Nach einer Meldung aus Madrid wurde in der spanischen Kammer eine Arbeitsgemeinschaft der linksstehenden, in der Regierung vertretenen Parteien, gebildet, die im Rahmen der republikanischen Staatsform eine Kampfgemeinschaft gegen die Rechte, gegen die katholische Propaganda und für die sofortige Durchführung der Reformen, wie z. B. Nationalisierung der Eisenbahnen, werden soll. Die sechs Abgeordneten, die als Vorstand der neuen „Allianz der Linken“ einen Aufruf unterzeichnet haben, sind sämtlich von den Gewerkschaften in Barcelona und Sevilla ins Parlament gewählt worden.

Sie fühlen sich schon als Herren

Nazis fordern Sonderrechte

Berlin, 27. Januar.

Der „Völkische Beobachter“ verlangt heute die sofortige Einsetzung von Standgerichten zur Aburteilung aller politischen Mordversuche und Mordtaten. Das Blatt verlangt weiter die Todesstrafe für jeden, der vorsätzlich einen anderen Volksgenossen mordet oder zu ermorden versucht, nur weil er politisch einer anderen Richtung angehört.

Diese politischen Heuchler wissen natürlich ganz genau, daß die gelben Mordbestien von der deutschen Justiz ja doch immer wegen „Notwehr“ freigesprochen werden, daß aber Proleten, die sich gegen Naziterror zur Wehr setzen, stets als Angreifer gestempelt und aufs härteste verurteilt werden. Standgerichte gegen Proletariat, die sich nicht hemmungslos dem braunen Terror unterwerfen — das ist das Gesicht des Faschismus!



Leipart funk in die Runde

„Deutsche Not — deutsche Hoffnung“

Heimgefunden. Es sind immer die anderen, die schuld sind. Der Schmachfrieden von Versailles ist schuld, daß es mit dem „Ausbau der Republik“ nicht vorangegangen ist, die Tribute sind schuld, der Feindbund ist schuld. Die arme SPD mußte sich ja immer „auf den Boden der Tatsachen stellen“ — man konnte an den Kriegsfolgen und den Tributlasten nicht vorbeigehen...

Armer Leipart! Das ist alles, was er zu sagen weiß, und sein einziges Positivum war die Feststellung, daß die deutsche Arbeiterschaft, diesen „Weg durch die Wüste“ mitgemacht habe, ohne zu murren. Und darauf baut Leipart seine Hoffnung: die dringlichste Aufgabe sei Arbeitsbeschaffung, und:

„Der Glaube daran, daß es bei gutem Willen und entschlossenem Handeln der verantwortlichen Kräfte möglich ist, diese dringlichste aller Forderungen zu erfüllen ist die Hoffnung, die trotz aller Not das deutsche Volk auch weiterhin aufrecht erhalten kann.“

Wie die Arbeitsbeschaffung praktisch in Angriff genommen werden soll innerhalb des versagenden kapitalistischen Systems — davon kein Wort. „Guter Wille und entschlossenes Handeln der verantwortlichen Kräfte“ — da wird die Arbeiterschaft warten können, bis der gute Wille der Unternehmer die Frage der Massenarbeitslosigkeit löst.

Die Frage kann gelöst werden: wenn man zugibt, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht mehr fähig ist, allen Menschen Brot und Arbeit zu geben. Wenn man ausspricht, daß es notwendig ist, die kapitalistische Gesellschaft abzulösen durch sozialistische Planwirtschaft. Aber diese Notwendigkeit hätte man schon in den letzten vierzehn Jahren nie aus den Augen verlieren dürfen, zumal wenn man Sozialist sein will und Leipart heißt. Aber Leipart und die Seinen haben vorgezogen, den Kapitalismus politisch und ideologisch zu stützen. Heute jammern sie: ja, weil die feindlichen Tribute den kapitalistischen Aufbau in Deutschland hindern, deshalb müssen auch die Arbeiter Mangel leiden. Aber man soll trotzdem den Glauben an den kapitalistischen Wiederaufbau und an den guten Willen der Unternehmer nicht verlieren...

Das ist Leiparts sozialistische Käsefahnenhoffnung!

Ein zweiter Fall Lahusen

Proletarische Kulturarbeit wird gedrosselt

Schallplatten-Matinee vor Gericht

Ein Gerichtsvorsitzender und der sozialistische Klassenkampf

Vor der Strafkammer des Landgerichts in Ellwangen a. d. Jagst in Württemberg begann heute der Aufsehen erregende Prozeß gegen einen bekannten süddeutschen Textilindustriellen, den früheren Inhaber der größten Wolledeckenfabrik Deutschlands, Dr. Rudolf Zoepfritze aus Mergelstetten an der Jagst. Die Firma Gebrüder Zoepfritze, die noch im Jahre 1928 ihr 100jähriges Bestehen gefeiert hatte, stellte im Oktober 1929 ihre Zahlungen ein, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, sondern auch wegen schwerer Verluste, die das Werk bei dem Zusammenbruch des Bankhauses Gebrüder Löwenberg in Berlin, sowie der Firma Gebrüder Sklarek erlitten hatte. Gegen Dr. Zoepfritze wurde ein Strafverfahren eingeleitet, weil der Verdacht aufgetaucht war, daß er eine Reihe süddeutscher und Schweizer Banken durch Vorlegung unrichtiger Bilanzen zur Hergabe von Krediten veranlaßt hatte; jetzt ist Anklage wegen Konkursvergehens und Betruges erhoben.

Funktionärschulung ist Hochverrat!

Altona, 26. Januar.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurden vor etwa einer Woche von der Polizei zwölf Angehörige der KPD festgenommen, die in einem Lokal zu einem Schulungskursus zusammengekommen waren. Die Verhaftung erfolgte, weil die Kommunisten „unter dem dringenden Verdacht“ stehen, sich der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht zu haben. Die Verhafteten, unter denen sich auch ein Volksschullehrer befindet, sind dem Staatsanwalt zugeführt worden.

Bauern rufen zum Steuerstreik

Kempten, 27. Januar.

Der Allgäuer Bauernverband hat in seiner Hauptversammlung folgende Richtlinien gutgeheißen:

„Wir empfehlen der Allgäuer wie der ganzen bayerischen Bauernschaft, das wenige heute noch anfallende Bargeld in erster Linie zur Erhaltung und Sicherung des landwirtschaftlichen Betriebes und dadurch zur Sicherung der Volksernährung zu verwenden. Erst dann kann die Abtragung öffentlicher Lasten, wie Gemeinde-, Bezirks- und Kreisumlagen erfolgen. Reicht das Bargeld hierfür nicht aus, so sind der Gemeinde, dem Bezirk und dem Kreis, damit sie ihrer Fürsorgepflicht nachkommen können, Naturalien zu einem den Verhältnissen entsprechenden Preis zur Verfügung zu stellen, damit jeder vor Hunger geschützt wird. Reich und Ländern müssen wir notgedrungen unsere Zahlungsunfähigkeit erklären und müssen deshalb von den Regierungen eine Steuerbefreiung für die Landwirtschaft ab 1. Februar 1932 verlangen.“

Das heißt, daß die Allgäuer Bauern den Steuerstreik proklamieren.

Proteststreik auf einer Zeche

Kattowitz, 28. Januar.

Die 1500 Mann starke Gesamtbelegschaft der Gräfin-Laura-Grube ist in Streik getreten. Der ursprüngliche Grund war die Verhaftung eines kommunistischen Betriebsratsmitgliedes. Nachdem die Sicherheitsbehörde auf Antrag der Grubendirektion den Mann freigegeben hatte, wurde am gestrigen Mittwoch eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der die Fortdauer des Streiks beschlossen wurde, und zwar als Protestkundgebung gegen die in diesem Betrieb noch immer nicht beseitigten Ankündigungen einer Lohnreduktion um 21 Prozent.

Eisenhüttenindustrie gegen Schiedsspruch

Der Schiedsspruch im Lohnstreit in der ostoberschlesischen Eisenhüttenindustrie, der, wie gemeldet wurde, bestimmt hat, daß die Löhne bis zum 31. März in ihrer bisherigen Höhe ausgezahlt werden sollen, ist von der Eisenhüttenindustrie abgelehnt worden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Schiedsspruch in Warschau für verbindlich erklärt werden wird.

Lohnabbau auch im Loire-Gebiet

Etienne, 28. Februar.

Die Arbeitgeber im Loire-Kohlenbecken haben wie gestern bereits die Arbeitgeber im nordfranzösischen Kohlenbergbau eine Lohnherabsetzung für den 1. Februar angekündigt. Die Höhe der Herabsetzung der Löhne im Loire-Becken soll durch nunmehr beginnende Verhandlungen festgesetzt werden.

Goldland Afrika gegen Goldwährung?

Kapstadt, 27. Januar.

Ministerpräsident Hertzog hat der Kammer einen Gesetzentwurf über die Bildung eines Ausschusses zur Prüfung der Frage der Aufrechterhaltung der Goldwährung vorgelegt. Dieser Antrag hat große Überraschung hervorgerufen. Die hiesigen Finanzkreise betrachteten ihn als den ersten Schritt zur Aufhebung der Goldwährung.

Eine nicht ganz alltägliche Gerichtsverhandlung war am Donnerstag in Berlin-Moabit vor dem 4. Strafsenat des Landgerichts I zu hören. Der Leiter des „Arbeiterkult“ und der „Proletarischen Schallplattenzentrale“ Alfred Oelsner war wegen der Herstellung von Schallplatten so bekannter proletarischer Lieder wie „Neuer Stern“, „Roter Wedding“, „Der Rote Feuerwehrmann“, „Negersong“, „Gottlosenlied“, „Heimlicher Aufmarsch gegen die Sowjetunion“ zu 100 M. Geldstrafe und Unbrauchbarmachung der Schallplatten verurteilt worden und hatte durch seinen Verteidiger Dr. Herzfeld Berufung eingelegt. Der Vorsitzende ließ zur großen Freude der Zuhörer die Platten auf einem eigens zu diesem Zweck in den Gerichtssaal herbeigeschafften Grammophon spielen, und auch das Gericht bekam ungewollt ein Bild von der agitatorischen Werbekraft dieser geradlinigen, im Proletariat verwurzelten Liederstoffe. Alle diese Lieder sind in tausenden Versammlungen rezitiert, gespielt, gesungen, auf Demonstrationen der weitesten Öffentlichkeit bekannt gemacht, in der Presse und in Liederbüchern publiziert worden. Keinem Staatsanwalt war es eingefallen, sie zu beanstanden, niemand hatte sich beleidigt gefühlt, und niemand hatte Anstoß genommen, aber ausgerechnet ein paar armselige Schallplatten sollten nun den Stein des Anstoßes

bilden, durch sie sollte „zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert werden“, „der Gottesdienst in seiner Gesamtheit und seine Gebräuche verächtlich gemacht worden sein“. Die freie Republik fühlt sich auch durch diese Schallplatten in ihrer Sicherheit bedroht, der „Klassenfriede“ ist in seinen Grundlagen nicht durch den Lohnabbau, sondern durch das Spielen von Schallplatten erschüttert worden und das alles hat festgestellt — der evangelische Elternbund, der sich den Spaß hat etwas kosten lassen und einen ganzen Spitzelapparat zur „Herstellung der Öffentlichkeit“ in Bewegung setzte, welcher die Platten zu 3 Mark pro Stück erwarb und dann pflichtgemäß Anstoß nahm. „Das Gottlosenlied ist ein Werbelied für die Gottlosenbewegung und ein Kampflied gegen die Kirche“, stellt das Urteil erster Instanz fest, denn es bezeichnet die Pfarrer „als Opiumfabrikanten“. Ein Verbrechen, das allerdings vor der Herausgabe dieses Liedes schon Marx, Bebel und Lenin begangen haben, ohne daß selbst die monarchistischen, reaktionären Regierungen der Vorkriegszeit an dieser Formulierung etwas zu verfolgen hatten. Der Gesinnungssterror in weltanschaulicher Beziehung blieb erst der „freiesten Republik der Welt“ vorbehalten, „in der jeder Deutsche seine Ansicht in Wort, Schrift und Bild“ äußern darf.

Es ist interessant, daß zur Verurteilung in erster Instanz ein Pressegesetz vom Jahre 1874 herhalten mußte, daß wir also in unserer grandiosen Freiheit noch nicht einmal eine Reform unserer Pressegesetzgebung aus den verstaubten Zeiten finsterster Reaktion erreicht haben.

Demgemäß auch das Urteil in der Berufsverhandlung. Die Revision wird auf Kosten des Angeklagten verworfen. Aus der Urteilsbegründung ist interessant, daß eine Beleidigung der Republik durch die Worte des „Roten Wedding“: „Die Republik ist ein schöner Palast, doch sie steht auf einem dicken Morast von Dummheit und Reaktion“, deswegen zu erblicken ist, „weil dieser deutschen Republik als erstrebenswertes Ziel die Sowjetunion gegenübergestellt wird.“ Ueber den Negersong wird gesagt, daß er nicht nur zum Kampf der Neger gegen ihre despotischen Unterdrücker, sondern auch „zum Kampf der weißen Proletarier gegen ihre weißen Unterdrücker aufrufe“. Das ist nun allerdings ebenso interessant wie „neu“, was der Vorsitzende da feststellt: vom „Kampf der weißen Proletarier“ mußte er erst durch eine Schallplatte unterrichtet werden! Deutlicher braucht ein Klassenurteil nicht zu sprechen. Die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft muß gegen dieses unsinnige Urteil protestieren. W. E.

Freiheit für die politischen Gefangenen!

HD. Berlin, 28. Januar.

Das Scheringer-Komitee hatte zu einer Berliner Massenkundgebung nach den Spichern-Sälen aufgerufen. Die überfüllte Versammlung setzte sich — und das drückte sich auch in der Rednergarnitur aus — zum größeren aus Kommunisten und zum kleineren Teile aus mehr oder minder programmlosen „Revolutionären“ zusammen. Die gemeinsame Basis bildete

die Ablehnung dieses Staates und seiner Justizmethode, die Forderung nach Freilassung der 7000 politischen Gefangenen, die gegenwärtig in deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen.

Die einzelnen Redner waren sich vollkommen einig im Negativen, in der Ueberwindung dieser Republik, um so weniger einig im Positiven, in der Wahl des Weges, in der Tendenz, im Gegenstand und Ziel ihrer Angriffe. Darin liegt die Gefahr solcher Versammlungen: daß die Arbeiterschaft den klaren Blick verliert, daß sie leicht in einen hintergrundlosen Phrasennebel hineingeredet wird, in dem sie sich ideologisch verirrt. Wir sind nicht die letzten, die sich für die Freilassung eines aufrechten Kämpfers einsetzen, aber wir sind trotzdem der Ansicht, daß es nicht die richtige Methode ist, sich mit den hitlerabtrünnigen Nationalbolschewisten, solange diese nicht den Weg zum klassenkämpferischen Proletariat gefunden haben, an einen Tisch zu setzen, nur deswegen, weil diese zufällig Scheringer ebenfalls als aufrechten Charakter kennen und schätzen und für seine Freilassung sich einsetzen. Wagt zum Beispiel ein Kommunist auch nur einen Augenblick daran zu zweifeln, daß bei Zusammenstößen zwischen klassenbewußten Arbeitern und Nazihänden die Sympathie der Stennesleute doch noch bei ihren Kampfgefährten von gestern stehen?

Die Versammlung wurde geleitet von Graf Stenbock-Fermor, der ebenfalls den Weg von rechts nach links gegangen ist. Er wies auf die ungeheuerliche Art der Gefängnisbehandlung hin, die man gegen Scheringer zur Anwendung gebracht hat. Er entkräftete die durch Korrespondenzbüros verbreitete Behauptung, als habe man Scheringer wegen eines angeblichen Fluchtversuchs in Dunkelarrest gesperrt. Wahr sei vielmehr, daß Scheringer aus

Protest gegen die menschenunwürdige Behandlung

einen eisernen Gitterstab seines Zellenfensters mit einer Nagelschere angefeilt habe. Ein Versuch, mit der Feile einer Nagelschere sich eine Fluchtmöglichkeit zu verschaffen, wäre eine Lächerlichkeit. Die Behauptungen, die das Scheringer-Komitee in dieser Angelegenheit aufgestellt habe, seien offiziell auch niemals dementiert worden, man habe nur Behauptungen „dementiert“, die niemals aufgestellt seien.

Rechtanwalt Dr. Samter erklärte, die Voruntersuchung für das Hochverratsverfahren, das aus Briefen an Freunde und aus Artikeln in Zeitungen, die wegen der Veröffentlichung nicht beschlagnahmt wurden, konstruiert worden sei, sei rechtswidrig verschleppt. Sie sei bis heute noch nicht abgeschlossen.

Den Schriftsteller Frank Thieß interessierte vor allem die menschliche Seite des Falles Scheringer. Seine stark national betonten Betrachtungen machten aus dem politischen Fall ein literarisches Motiv.

Ernst Gläser, einer der sympathisch-

sten der jüngeren Schriftsteller, wies auf die Wandlung Scheringers hin, die typisch sei für den Weg, den die junge Generation der aus bürgerlicher Sphäre Kommenden heute gehe. Die Erkenntnis breche sich immer mehr Bahn, daß der Platz des Intellektuellen beim revolutionären, klassenkämpferischen Proletariat sei.

Der Schauspieler Fritz Genschow (Staatstheater) las einen Aufsatz Scheringers vor, in dem dieser den Schritt von Hitler zu Lenin zu begründen versucht.

Der schleswig-holsteinische nationalistische Bauernführer Bruno von Salomon forderte die Freilassung seines Freundes Klaus Heim. Als er von dem „Justizterror der freiesten aller Republiken“ sprach, besann sich der Ueberwachungsoffizier der Polizei auf seine Pflicht und forderte eine gemäßigtere Formulierung.

Heinz Pol betonte erfreulicherweise als erster, daß der Fall Scheringer nur als ein Fall gegen links zu verstehen ist. Würde sich Scheringer nicht zum Klassenkampf be-

kennen, so stünde er heute vielleicht in dem Reihen des Nazi-Mordsturms 33, und es geschähe ihm nichts. Er zitierte Einzelfälle von Verurteilungen vor allem kommunistischer Schriftsteller und Redakteure wegen „literarischen Hochverrats“.

Im Gegensatz zu Richard Schapke, der als Vertreter für den Oberleutnant Wendt im Namen der „Schwarzen Front“ sprach und „Entschlossenheit“ zum revolutionären Handeln forderte, betonte der Redner für die „Rote Hilfe“, Miller, mit Recht, daß es in erster Linie auf die Klarheit, um was und gegen wen gekämpft werden muß, ankomme.

Von unserem Genossen, dem Dichter Lion Feuchtwanger, der am Erscheinen leider verhindert war, wurde ein Brief vorgelesen, in welchem er ebenfalls nachdrücklichst die Freilassung Scheringers fordert.

Im ganzen gesehen, eine eindrucksvolle und notwendige Kundgebung gegen die Justizwillkür von heute.

Empörung im DHV

Arbeitgeberverband droht mit Konventionalstrafen

Im Versicherungsgewerbe ist es jetzt um die Tarifgehälter der Angestellten erneut zu einem Konflikt gekommen. Die Gehälter waren bekanntlich durch Notverordnung um 15 Prozent gesenkt worden. Die Angestellten versuchten nun in Verhandlungen mit den einzelnen Gesellschaften zu erreichen, daß dieser Abzug nicht in vollem Ausmaß wirksam würde. Der Arbeitgeberverband des Versicherungsgewerbes vertritt aber den Standpunkt, daß der volle 15prozentige Abzug vorgenommen werden müsse. Jeder Versuch der Umgehung wird gegenüber den angeschlossenen Versicherungsgesellschaften mit hoher Konventionalstrafe bedroht. Infolgedessen hat sich der Versicherungsangestellten eine

allgemeine Erregung

bemächtigt, die in einer Versammlung der Fachgruppe Versicherungen

im Deutschenationalen Handlungsgehilfen-

verband

zum Ausdruck kam. In einer Entschließung wurde mit Entrüstung das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes bezüglich der Androhung von Konventionalstrafen zur Kenntnis genommen und betont, daß für diese Entscheidung keineswegs wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen seien. Das Gewerbe sei nach den Erklärungen seiner maßgebenden Führer gesund und habe die Krise bemerkenswert gut überstanden. Eine Notwendigkeit zu dieser in der heutigen Notzeit doppelt unsozialen Maßnahme liege nicht vor.

Die Angestellten lehnten es daher mit aller Entschiedenheit ab, sich etwa lediglich deshalb Gehaltsabzüge machen zu lassen, damit die Tantiemen der Aufsichtsräte und die Dividenden der Aktionäre erhöht werden könnten.

Sie erwarten, daß der Arbeitgeberverband seinen, allen nationalen und sozialen Pflichten widersprechenden Beschluß revidieren und seine Mitgliedschaften nicht daran hindere, sozial zu verfahren, wenn sie es wollen und können.

Kerr Goerdeler trumpft auf

Allmählich scheint es sogar bis zu Herrn Goerdeler selbst gedungen zu sein, daß kein Mensch sich nach seinen Vorschriften richtet. Er hat sich, wie gemeldet wird, deshalb entschlossen, jetzt dort zu Zwangsmaßnahmen zu greifen, wo man gegen seine Vorschriften verstößt, und zwar sollen die Geschäfte, die sich seinen Anordnungen widersetzen, vorübergehend, auch für mehrere Tage, geschlossen werden. Es soll ferner dafür gesorgt werden, daß auch bei dem Kauf kleinster Mengen von Waren die Preissenkung sich fühlbar macht und im Einzelfalle keine Abminderungen nach oben vorgenommen werden, die über die Pfenniggrenze hinausgehen. In den westlichen Gebieten des Reiches ist Klage darüber geführt worden, daß die Geschäftsleute in den ersten Tagen nach den Lohnauszahlungen die Preise heraufsetzen und sie erst später wieder senken. Auch gegen solche Verstöße soll evtl. mit Geschäftsschließung vorgegangen werden.

Nach allen bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß auch nach diesen mannhaften Worten alles beim alten bleibt.

Postkarten nach dem Ausland

TU. Berlin, 27. Januar.

Der Wert der auf den Postkarten des innerdeutschen Verkehrs eingedruckten 8 Rpf.-Wertzeichen beträgt bekanntlich seit dem 15. Januar nur noch 6 Rpf. Wenn solche Postkarten, auch mit Antwortkarte, nach dem Ausland — abgesehen nach Freie Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Luxemburg und Oesterreich — versandt werden, sind auf der Postkarte und g. F. auch auf dem Antwortteil Freimarken im Gesamtwert von 9 Rpf., jedoch im Verkehr mit der Tschechoslowakei und Ungarn 4 Rpf. nachzukleben. Die Aufgabepostanstalten sind angewiesen, unzureichend freigemachte Postkarten dieser Art an den Absender, wenn dieser bekannt ist, zur richtigen Freimachung zurückzugeben. Ist die Rückgabe nicht möglich, so werden die Postkarten mit Nachgebühren belegt.